

Reale Bildung

in Rheinland-Pfalz



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Ausgabe 1/2015

Fachkongress
2015
INGELHEIM

ERZIEHUNGSOFFENSIVE – Wir lassen nicht locker!



VRB-Fortbildung: Experten in der Schule
Juristische Alltagsfragen: Handynutzung in der Schule
Tarifverhandlungen 2015: dbb fordert 5,5 %
Bildungskarrieren in RLP: VRB im Gespräch mit Kurt Krautscheid
KlarText Besoldung: Der 5x1%-Deckel muss weg

Liebe Leserinnen und Leser,



unser schulischer Alltag ist geprägt von ständig zunehmenden Herausforderungen, die uns tagtäglich viel abverlangen. Ernsthaft bestreitet das wohl niemand. Wirklich hören will das aber auch niemand – und am allerwenigsten diejenigen, die selbst die stetig steigenden Belastungen mitverursachen. Die Unterstützung durch die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft ist dürrtig und kaum wahrnehmbar. So bleiben sie uns beispielsweise die

Antwort schuldig, wie mitten im Schuljahr die Aufnahme von 10, 20 oder gar mehr als 30 Flüchtlingskindern ohne zusätzliche Ressourcen bewältigt werden kann. Es ließen sich noch zahlreiche Bereiche aufführen, die alle deutlich machen, dass immer nach dem gleichen Muster verfahren wird: „Macht es einfach! Ihr kriegt das schon hin! Und fragt bloß nicht nach Mitteln! Wir haben keine (für euch)!“

Als Verband nehmen wir unsere eigene Verantwortung für gelingende Erziehung und Bildung in den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen ernst. Der Ingelheimer Fachkongress, der in diesem Jahr unter dem Motto „Erziehungsoffensive – Wir lassen nicht locker!“ steht, ist ein Beleg dafür. Unsere Kongress Themen zeigen, dass wir unseren Kolleginnen und Kollegen zuhören, ihre Anliegen aufgreifen und dann Gelegenheit zum Austausch geben. Welche

Themen zur Auswahl stehen, können Sie den Statements und Arbeitskreisbeschreibungen im Hauptteil entnehmen.

Reale Bildung ist die Zukunft. Die absolute Akademisierung der Bildungs- und Berufswege ist ein Irrweg. Wir sagen und schreiben das schon länger. Erfreulich ist, dass das inzwischen auch immer mehr Experten sagen und schreiben. Zum Beispiel die Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt und der Präsident einer Handwerkskammer. Letzterer ist Kurt Krautscheid und selbst ehemaliger Realschüler. Inwiefern ihn seine eigene Schulzeit auf das Berufsleben vorbereitet hat, können Sie in dieser Ausgabe nachlesen.

KlarText gehört zu unserem Markenkern. KlarText schreibt in dieser Ausgabe Timo Lichtenthäler, Vorstandsmitglied des Hauptpersonalrats Realschulen plus, und zwar zum Thema Beamtenbesoldung. KlarText Beamtenbesoldung? Klar – uns reicht's!

Lieber Leserinnen und Leser, draußen vor der Schultür haben viele, die für Schule zuständig sind, oder sich auch nur zuständig fühlen, das Gespür für die Verhältnismäßigkeit verloren. Die Belastungen gehen immer weiter hinauf, die Gehälter immer weiter herunter. Dies steht in keinem Verhältnis und ist ungerecht. Der Verband Reale Bildung wird deshalb nicht aufhören, Politik und Gesellschaft immer wieder in Erinnerung zu rufen: Ihr tragt Verantwortung! Für unsere Schüler. Für unsere Schulen. Für uns.

Herzlich Ihr



Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Bernd Karst
Grolsheimer Weg 5
55411 Bingen
Tel: 0 67 21 / 99 49 99
bernd.karst@vrb-rlp.de

Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12 / 965 73 31
schatzmeister@vrb-rlp.de

Redaktion

Michael Eich
Trifelsstraße 1a
76751 Jockgrim
Tel: 0 72 71 / 12 92 74
michael.eich@vrb-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust
www.bizzdesign.de

Auflage

5.000 Stück

Druck

flyeralarm GmbH, Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Michael Eich (michael.eich@vrb-rlp.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.

Anzahl und Dimensionen schulischer Aufgaben weiten sich aus. Beispiel: Die Integration der Flüchtlingskinder

Das Thema Migration beherrscht seit Langem die Schlagzeilen. Gründe für die Migration gibt es viele – auch wirtschaftliche. Im Mittelpunkt der aktuellen öffentlichen Aufmerksamkeit stehen Flüchtlinge, die in ihrem Herkunftsland Verfolgung, Folter und Mord befürchten müssen. Die Bilder von traumatisierten Kindern aus Konfliktgebieten lösen allseits große Betroffenheit aus. Ihnen und allen Menschen, die bedroht werden und deshalb Zuflucht suchen, Hilfe und Unterstützung zu geben, ist nicht nur aus politischen, sondern auch aus moralischen Gründen selbstverständlich – unabhängig von deren Kultur und Religion. Die Zuwanderung stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Auch die Schulen werden einen Teil der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung annehmen müssen.

Bildungsministerin Vera Reiß will diesbezüglich Akzente setzen: „Was mich aktuell umtreibt, ist die Frage, wie wir Kinder und Jugendliche besser fördern können, die als Flüchtlinge und Asylsuchende nach Rheinland-Pfalz kommen. Mein Ziel ist, dass sie schneller Deutsch lernen. Da herrscht Handlungsbedarf. Vor allem, weil die Zahlen steigen. Diese Kinder und Jugendlichen brauchen Perspektiven. Dazu müssen sie möglichst schnell und gut in unser Bildungssystem integriert werden“ (Interview mit der Rhein-Zeitung am 7. Januar 2015). Zusätzliche Kosten sollen jedoch keine entstehen. „Die Frage nach mehr Personal und zusätzlichen Mitteln stellt sich erst einmal nicht“ (Vera Reiß, ebd).

Hier sind wir ganz anderer Meinung. Die schulische Eingliederung, pädagogische Annahme, Betreuung und Integration sowie die sprachliche und fachliche Förderung der Flüchtlingskinder erfordern ideelle und vor allem materielle Unterstützung auf allen Ebenen. Ohne eine intensive persönliche Zuwendung ist das Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse dieser Kinder mit Gewalterlebnissen und manchmal ohne jede Schulerfahrung nicht möglich. Die Kinder kommen aus unterschiedlichen Kulturkreisen mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen. Die meisten sprechen kein Wort Deutsch.

Lehrerinnen und Lehrer werden ganzheitlich gefordert. Sie müssen präsent sein mit ihrer Persönlichkeit und ihrem Wissen. Sie werden von allen Seiten angefragt und hinterfragt und stoßen vielfach an ihre Grenzen, weil die Aufgaben der Schule in einem Ausmaß und in einer Geschwindigkeit zunehmen, wie sie unter unveränderten Rahmenbedingungen kaum

bewältigt werden können. Die „Migration“ ist ein Aspekt, gleichwohl ein in seiner Dimension besonders bedeutsamer. Laut Migrationsbericht ist die Zahl der Zuwanderer im Jahr 2013 auf 1,23 Millionen Menschen gestiegen. Eine derart hohe Zahl war zuletzt im Jahr 1993 zu verzeichnen. Eine umfangreiche Bereitstellung personeller und sächlicher Ressourcen ist gerade in der aktuellen Situation unumgänglich.

Benötigt werden Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Schulsozialarbeiter. Viele von ihnen warten auf eine Einstellung. Sie können neben der Bewältigung zahlreicher anderer Aufgaben dazu beitragen, dass die jungen Zuwanderer nicht nur staatliche Aufnahme, sondern auch menschliche Annahme und Zuwendung erfahren.



BK
Bernd Kamm

Inhalt der Ausgabe Februar 2015

Titelthema

„ERZIEHUNGSOFFENSIVE – Wir lassen nicht locker“ 5

Bildungspolitik

Pinnwand 12

Wohin geht die Realschule in Baden-Württemberg? 13

VRB-Pressemitteilung: Realschullehrer kritisieren OECD-Bildungsberichte 13

VRB-Verbandsarbeit

Experten in der Schule: Mit- und voneinander lernen 14

VRB-Pressemitteilung: Hart und nicht fair 16

VRB-Pressemitteilung: Hauptsache schöne Zahlen? VRB befürchtet Abstufung des Förder- und Wahlbereichs ... 17

VRB-Pressemitteilung: Eingliederung von Migrantenkindern – VRB fordert Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstunden 17

Schule und Recht

Pinnwand 18

Hermann Kölsch übergibt sein Referat an Erwin Schneider 18

Handynutzung in der Schule: Wer haftet im Schadensfall? 20

Beruf Lehrer

Pinnwand 21

dbb fordert 5,5 %, mindestens 175 Euro mehr 22

Der „5 x 1 %-Deckel auf Beamtenbesoldung und -versorgung muss JETZT weg! 23

Unterrichten Pädagogik, Didaktik und Methodik

Pinnwand 24

VRB-Bezirke

Bezirk Koblenz: Im Gespräch mit Kurt Krautscheid – Teil 1 25

Bezirksversammlung Koblenz 26

Bezirksverband berät Abgänger des Studienseminars

Realschule plus Koblenz 27

Fortbildung der örtlichen Personalräte in Treis-Karden 28

Bezirk Neustadt: Fortbildung der örtlichen Personalräte in Mutterstadt 29

Manet, Cézanne, Van Gogh – aus aller Welt zu Gast 31

Von Atlantis bis heute: Mensch – Natur – Katastrophe 32

Tagesfahrt nach Mainz für VRB-Pensionäre 32

Bezirk Trier: Bezirksversammlung in Mertesdorf 33

Bezirksvorstand im Gespräch mit Peter Epp, Referatsleiter Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen 33

Bezirksvorstand im Gespräch mit Referatsleiter Sigurd Hein 34

Karl Denkel zum 100. Geburtstag 35

Vorstandsmitglieder und Pensionäre treffen sich 35

Kurz notiert: Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche 36

KlarText!

Sparmaßnahmen in Rheinland-Pfalz: Es brodelt gewaltig an unseren Schulen – zurecht! 38





Der Ingelheimer Fachkongress gehört zu einer der Konstanten unserer Verbandsarbeit. Von Ingelheim, so unsere Intention, sollen jedes Jahr Impulse ausgehen, die unsere Schulen voranbringen und uns Lehrkräften weiterhelfen. Im Jahr 2015 ist Orientierung und Vergewisserung erforderlicher denn je, wie die nachfolgend vorgestellten Arbeitskreisthemen verdeutlichen. Die Herausforderungen, die allesamt unter „Erziehung“ firmieren können, werden beständig größer und komplexer (gemacht).

MIGRATION ANSCHLUSS FINDEN

„Probleme, die die Kinder von zu Hause mit in die Schule tragen, sind sehr vielfältig. Insbesondere Konflikte mit Gleichaltrigen werden verstärkt über Internetplattformen ausgetragen.

Hier benötigen wir mehr Ressourcen, um diese Dinge intensiv aufzuarbeiten bzw. auch präventiv arbeiten zu können. Ein höherer Personalschlüssel für die Schulsozialarbeit ist dringend notwendig.“

**Katharine Wichmann • Dipl. Sozialarbeiterin
Grund- und Realschule plus Kell am See/Zerf**

UMGANG MIT SOZIAL-EMOTIONAL AUFFÄLLIGEN KINDERN

Die rheinland-pfälzische Landesregierung schafft selbst Orientierungsbedarf, kümmert sich aber nur unzureichend um Abhilfe. Sie verliert sich zunehmend im Widerspruch zwischen ihrem übersteigerten Anspruch und der von ihr zu verantwortenden schulischen Realität. Wie im Schulalltag oft üblich, ist auch hier zunächst Eigeninitiative gefragt. Der VRB schafft hierfür am 5. März 2015 in Ingelheim in der Fridtjof-Nansen-Akademie die Plattform.

Die Landesregierung bleibt in der Pflicht.

Vorab eine Klarstellung: Der VRB entlässt die rheinland-pfälzische Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung für gelingende Bildung und Erziehung in der staatlichen Einrichtung Schule. Wer unsere Pressemitteilungen und Publikationen verfolgt, der weiß, dass gerade der VRB beharrlich die Landesregierung in die Pflicht nimmt und dabei auch Erfolge vorweisen kann. An dieser Stelle sei exemplarisch auf unsere Erziehungsoffensive verwiesen, die bewirkt hat, dass Erziehungsdefizite endlich beim Namen genannt werden und nicht mehr seitens der verantwortlichen Politiker schön geredet werden können. Die

GRENZÜBERSCHREITENDE SITUATIONEN

„Der Fachkongress des VRB bietet Themenbereiche an, die mich aufgrund meiner Tätigkeit an einer integrativen Schwerpunktschule täglich betreffen. Themen wie Migration, Umgang mit sozial-emotional auffälligen Schülerinnen und Schülern sowie der tägliche Kontakt mit der Schulsozialarbeit prägen meinen Alltag.

Ich erhoffe mir wertvolle Impulse, die mein eigenes Lehren, aber auch das Lernen der Schüler voranbringen. Nicht zuletzt sehe ich eine große Chance im gegenseitigen Austausch. Die Schule, an der ich unterrichte, ist mit dem Titel „Starke Schule“ ausgezeichnet worden. Die Vernetzung mit anderen Schulen und Kollegen spielt hierbei im Sinne der Ressourcenbildung eine besondere Rolle und wird ausdrücklich gefördert.

Wichtig wäre mir allerdings auch, dass gerade in den Schulen vor Ort zuerst zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte ist aus meiner Sicht dringend erforderlich, um den gewachsenen Anforderungen Rechnung zu tragen“.

Christian Theisen
Erich Kästner-Realschule plus Bad Neuenahr-Ahrweiler

KOMMUNIKATION LEHRER – SCHÜLER – ELTERN

Debatte hat bewirkt, dass mancherorts, wo der Rotstift bereits großzügig angesetzt worden war, doch nicht gestrichen wurde.

Dennoch müssen wir nüchtern konstatieren: Die Landesregierung leistet immer noch viel zu wenig, damit wir Lehrkräfte die an uns übertragenen Aufgaben in einem vernünftigen und gesunden Verhältnis von Anstrengung und Ergebnis bewältigen können. Das unzureichende Fortbildungsangebot seitens des Pädagogischen Landesinstituts vermag uns kaum auf Inklusion, Migration, Erziehungsdefizite usw. vorzubereiten. Es gibt somit gute Gründe, dass der VRB auf dem Ingelheimer Fachkongress Arbeitskreise anbietet, in denen Lehrerinnen und Lehrer ihr Praxis- und Handlungswissen über akute Probleme austauschen, vertiefen und erweitern können.

Erziehung zu Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung

Das alte Sprichwort „Jeder ist seines Glückes Schmied“ enthält eine wertvolle Erfahrung: Glück ist eine Eigenleistung, und ohne Leistungsbereitschaft sind Glückserfahrungen durch Erfolge in Sport, Musik und Kultur, in Wirtschaft und Wissenschaft nicht denkbar. Wie wir in unseren Schulen Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung fördern können, darüber tauschen wir uns im Arbeitskreis 1 (siehe Seite 9) in Ingelheim aus.

Migration: Anschluss finden

Der Verband Reale Bildung hat in mehreren Pressemitteilungen und auch in der letzten Ausgabe von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ darauf hingewiesen, dass uns Zuwanderung in einer neuen Qualität begegnet und vor große Herausforderungen stellt. Unsere Schulen leisten bereitwillig ihren Teil, um gerade den – oft auch traumatisierten – Flüchtlingskindern das Ankommen zu erleichtern. Dieses Engagement ist gut, richtig und ohne

GRENZÜBERSCHREITENDE SITUATIONEN

In der 5. Klasse, in der ich dieses Schuljahr Deutsch unterrichte, begegnen mir folgende Lernvoraussetzungen: Von den 21 Kindern sind zwei erst vor Kurzem nach Deutschland gekommen und sprechen fast kein Deutsch. Für zehn weitere Kinder wünsche ich mir professionelle Unterstützung durch speziell geschulte Förderlehrkräfte, Sozialarbeiter und Schulpsychologen.

Ich bin Grund- und Hauptschullehrerin und seit 1986 den Umgang mit Kindern gewohnt, die unterschiedliche Lernschwierigkeiten haben. Diese Lerngruppe allerdings ist dermaßen heterogen und auch schwach in ihren Fertigkeiten und Fähigkeiten, dass mein Unterricht trotz meiner Ausbildung und Erfahrung einem Teil der Kinder schlichtweg nicht gerecht werden kann. Hierzu bräuchte ich professionelle Unterstützung.

Elke Klug
Paul-Gillet-Realschule plus Edenkoben

KOMMUNIKATION LEHRER – SCHÜLER – ELTERN

MIGRATION ANSCHLUSS FINDEN

„15 Schülerinnen und Schüler aus Syrien, Serbien, Russland und Polen, die kaum oder keine Sprachkenntnisse in Deutsch haben, besuchen inzwischen unsere Schule.

Für diese Schülerinnen und Schüler mussten wir ein Förderkonzept entwickeln. Wir haben viel improvisieren müssen. Wir sind dabei, ein Netzwerk aufzubauen, um Schülern und Eltern schulisch wie außerschulisch wirksam helfen zu können. Die bereitgestellten Förderstunden für ein Spezialtraining für Deutsch reichen bei weitem nicht aus. Es müssen den Schulen weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.“

Carolin von Heesen • Schulische Betreuerin des Projekts „Deutsch als Zweitsprache (DAZ)“ Realschule plus und Fachoberschule Altenkirchen

UMGANG MIT SOZIAL-EMOTIONAL AUFFÄLLIGEN KINDERN

Alternative. Allerdings stoßen wir aufgrund der Heterogenität der Zuwanderer und der Komplexität so noch nicht dagewesener Anforderungen an Grenzen. Kooperation auf ganz unterschiedlichen Ebenen ist erforderlich, die Kraft und Zeit kosten.

Erfreulich ist, dass sich in Rheinland-Pfalz etwas bewegt und alle mit Migration befassten Akteure in Gesellschaft, Politik und Verwaltung ihre Verantwortung zunehmend annehmen und nicht wegdiskutieren. Die Landesregierung scheint sich, was die Unterstützung der Schulen beim Thema Migration anbelangt, einmal mehr auf den Idealismus und die Aufopferungsbereitschaft der Kollegien und Schulleitungen zu verlassen! Das lassen wir nicht zu. Mainz muss seiner Verantwortung auch finanziell nachkommen. Unsere Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen sind bereits auf dem Weg. Der Fachkongress eröffnet mit dem Arbeitskreis 2 (siehe Seite 9) eine Möglichkeit, sich über die bereits gemachten Erfahrungen auszutauschen.

Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch: Kooperation statt Konfrontation

Wenn Eltern sich einbringen und sich für den schulischen Erfolg ihrer Kinder interessieren, fühlen wir uns in der Regel unterstützt. Schwieriger wird es, wenn Eltern ihrer Verantwortung für ihren Nachwuchs nicht nachkommen (können). Gespräche sind unabdingbar. Für eine unbelastete Gesprächsatmosphäre müssen zunächst wir Lehrer Sorge tragen, d. h. unsere „Elternkommunikation“ ist reflektiert und professionell anzugehen. Der schulische Erfolg des Kindes steht hierbei im Mittelpunkt und ist das verbindende Band zwischen Eltern und Lehrern. Ein konstruktives Instrument hierzu ist das Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch. Im Arbeitskreis 3 soll dieses „Instrument“ grundsätzlich reflektiert werden (siehe Seite 10).

Grenzüberschreitende Situationen und Umgang mit sozial-emotional auffälligen Kindern

Grenzüberschreitende Situationen gehören zum Schulalltag und wir Lehrkräfte meistern sie in der Regel erfolgreich. Das bewusste Überschreiten von Grenzen gehört zudem zum Erwachsenwerden dazu, junge Menschen „reiben“ sich an gesellschaftlichen Konventionen und stellen die Autorität von Eltern und Lehrern in Frage. Das ist normal. Nicht erst und nicht nur im Zuge von „Inklusion“ begegnen uns im Schulalltag aber vermehrt sozial und emotional auffällige Kinder und Jugendliche, die den Unterricht so stören, dass dieser teilweise nicht mehr möglich ist. Im Interesse aller Kinder muss dafür Sorge getragen werden, dass ein lernförderliches Klassenklima wieder selbstverständlich ist.

Praktiker wissen: Ausschließlich auf Classroom-Management zu setzen, wie Ministerium und Fortbildungsinstitute das propagieren, ist kein erfolgversprechender Weg. In vielen Fällen geht es nicht ohne professionelle Unterstützung. Jede Schule muss vor Ort Antworten finden, wie als Gemeinschaft mit grenzüberschreitenden Situationen umgegangen werden kann. Wie solche handlungsorientierten Lösungsmöglichkeiten aussehen können, wird in den Arbeitskreisen 4 (siehe Seite 10) und 5 erarbeitet (siehe Seite 11).

Schulsozialarbeit: Konflikthilfe und Brückenfunktion

Angesichts der Zuwanderung von Kindern, die Schlimmes erlebt haben, hat der VRB seine Forderung nach einer stärkeren Unter-

„Eine Lehrkraft soll erziehen, beraten, fordern, fördern, integrieren u. v. m. An unserer Schule sind es 10 % der Schüler, die einen Migrationshintergrund haben und (fast) kein Wort Deutsch sprechen. 30 Schüler aus Pakistan, Rumänien, Polen, Syrien, Serbien, Ägypten usw. sind teilweise traumatisiert. Ihnen fehlt es an psychologischer Betreuung. Geeignete Unterrichtsmaterialien fehlen ebenso wie Dolmetscher. Die Stundenzahl für die Gruppe reicht bei weitem nicht aus, obwohl alle möglichst effektiv gefördert werden sollen.“

Hinzu kommen immer mehr Schüler mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten, Asperger-Syndrom und ADHS, Schüler mit LRS und Dyskalkulie. Die Liste der Schwierigkeiten, denen wir gegenüberstehen, ist sehr lang und wird immer länger.

Um diese Probleme zu lösen, leisten wir Mehrarbeit in Form von verlängerten Teamsitzungen und häufigen Besprechungen, auch mit außerschulischen Netzwerken. Ohne zusätzliche Unterstützung können die immer größer werdenden Anforderungen nicht bewältigt werden. Bildung darf und kann es nicht zum Nulltarif geben. Deshalb fordern wir von der Landesregierung mehr Lehrstellen, Doppelbesetzungen, Schulpsychologen, Dolmetscher, geeignetes Unterrichtsmaterial und Zusatzstunden für den Migrationsunterricht sowie mehr Integrationshelfer.“

Ziad Attar

Realschule plus Weisenheim am Berg

„Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung sind wesentliche Intentionen, Schülerinnen und Schüler auf ihre berufliche Zukunft vorzubereiten. Unsere Aufgabe als Lehrkraft ist es deshalb, sie durch Vermittlung von Werten und Kompetenzen, aber auch durch lebens- und praxisnahe Bezüge bestmöglich zu fordern und zu fördern.“

Mir ist es dabei besonders wichtig, Schülerinnen und Schüler gezielt in ihrem Verantwortungs- und Selbstbewusstsein zu stärken, um sie zu eigenständigen Persönlichkeiten zu erziehen, die sich sowohl im späteren Arbeitsleben als auch in sozialen Bereichen zurechtfinden. Unser Ziel soll es daher sein, die Neigungen und Stärken junger Menschen individuell zu fördern, dabei Freude am Lehren und Lernen zu erhalten und stets mit gutem Beispiel voranzugehen. Aus diesem Grund freue ich mich sehr, dass der VRB diese Thematik im Rahmen des Fachkongresses aufgreifen wird.“

Eva Wilhelmus

Realschule plus Neustadt/Wied

SITUATION

„Differenziertes Unterrichten braucht Ressourcen! Will man alle Schüler individuell fördern und fordern, dann muss die konstante Durchführung von differenziertem Unterricht gewährleistet sein. Gerade in Klassen Integrierter Gesamtschulen ist die Bandbreite der Begabungen sehr heterogen. Teamteaching und Doppeltutorenschaft sind kein Luxus, sondern notwendiger Bestandteil einer sinnvollen pädagogischen Arbeit. In intensiver Teamarbeit werden hierzu schulische Konzepte entwickelt und den Eltern vorgestellt. Die Umsetzung der Konzepte erfordert neben selbstverständlichem Engagement, auch zusätzliche Versorgung der Schulen mit entsprechenden Lehrerwochenstunden. Denn es darf nicht sein, dass für Vertretungsunterricht Differenzierungsmaßnahmen außer Kraft gesetzt werden. Gerade in einer Integrierten Gesamtschule erwarten Eltern, dass ihr Kind nach seinen Stärken und Schwächen entsprechend unterrichtet wird. Wir fordern die Ressourcen, die uns in die Lage versetzen, unsere Konzepte wirkungsvoll umsetzen zu können.“

Marlies Kahn und Jutta Okfen
Integrierte Gesamtschule Salmtal

„Der Ingelheimer Fachkongress ist eine willkommene Bereicherung des Schulalltages. Zum einen fachlich und inhaltlich von Seiten des VRB sehr gut organisiert, andererseits thematisch immer am Puls der Zeit.“

Erziehung zu Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung obliegt sowohl den Eltern als auch uns Lehrerinnen und Lehrern. Dies ist nur dann erreichbar, wenn Elternhäuser und Schulen eng und kooperativ zusammen arbeiten. Dies muss vorrangiges Ziel zum Wohle der Schülerinnen und Schüler sein. Erst dann ist ein gewinnbringender Unterricht möglich. Auch von Seiten der Politik kann dazu ein Beitrag geleistet werden, z.B. durch Entlastungen der Lehrkräfte an RS plus und IGS.“

Carsten Ritter
Ernst-Barlach Realschule plus und FOS
Höhr-Grenzhausen

stützung durch Schulsozialarbeiter erneuert: „Die schon früher aufgestellte grundsätzliche Erwartung, dass je 100 Schulkinder ein(e) Schulsozialarbeiter(in) vorzusehen ist, bekommt vor dem Hintergrund der Migration eine neue dramatische Bedeutung“ (15. Januar 2015). Wir sind uns aber auch darüber im Klaren, dass die sozialpädagogische Unterstützung durch die Schulsozialarbeit erst wirksam werden kann, wenn die Zusammenarbeit in der Schule professionalisiert und ritualisiert wird. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass das Potenzial, das in einer fundierten und reflektierten Kooperation steckt, im hektischen Schulalltag auch abgerufen wird.

Wie die Zusammenarbeit von Schulsozialarbeit und Schul- und Klassenleitungen als Konflikthilfe und Brückenfunktion ihre volle Wirkung entfalten kann, das thematisiert der Arbeitskreis 6 in Ingelheim (siehe Seite 11).

FAZIT: Lehrer sind gefordert, andere auch

Wir sind der schulischen Praxis verbunden und wollen den kollegialen Austausch auf Augenhöhe – unter Einbeziehung praxisrelevanter Expertisen aus Gesellschaft, Schule und Wissenschaft. Die von uns in den Arbeitskreisen thematisierten Herausforderungen werden in vielen Schulen als (er)drückend wahrgenommen. In Ingelheim wollen wir deshalb gemeinsam mit unseren Teilnehmern aufzeigen, dass es auch im eng gesetzten Rahmen, Wege gibt, mit denen sich neue Möglichkeiten eröffnen. Grundsätzlich gilt nämlich für alle Arbeitskreisthemen, worauf auch das nachmittägliche Grundsatzreferat von Dr. Michael Winterhoff zielt: „Lehrer sind gefordert, andere auch.“ Wir stehen zu unserer Verantwortung, wir nehmen sie an (dafür steht Ingelheim) – fordern das aber gleichzeitig auch von allen an Schule beteiligten Akteuren und insbesondere von der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

MIGRATION

„Den respektvollen Umgang betrachte ich als eine Bedingung für gutes Lernen in der Schule. Der Lehrer steht dabei besonders im Fokus, denn er kann als Vorbild so manches bewirken.“

Kinder aus Elternhäusern, die Werte nicht oder kaum noch vermitteln, Grenzen nicht mehr setzen, Forderungen nicht konsequent durchsetzen, machen oft nur noch in der Schule konsequente Erfahrungen zum Umgang miteinander. Erziehung in der Schule braucht Geduld, Beachtung, Konsequenz, persönliche Hinwendung und vor allem Wertschätzung und Zeit, um Erziehungsarbeit leisten zu können. Ich begrüße die Erziehungsoffensive des VRB.“

Heike Fiedler
Realschule plus und FOS Hachenburg

SCHULSOZIALARBEIT
KONFLIKTHILFE



Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de

ERZIEHUNG ZU LEISTUNGSBEREITSCHAFT UND SELBSTVERANTWORTUNG

VERHALTEN
FÄHIGKEITEN
ANERKENNUNG
EIGENMOTIVATION
POSITIVE LERNEINSTELLUNG

WELCHE ERFAHRUNGEN HABEN DIE REFERENTEN UND TEILNEHMER GEMACHT BZW. WELCHEN UNERWARTETEN HERAUSFORDERUNGEN MUSSTEN SIE BEGEGNEN?

WIE KÖNNEN DIE JUGENDLICHEN UND JUNGEN ERWACHSENEN ZUR SELBSTVERANTWORTUNG UND AUCH ZUR LEISTUNGSBEREITSCHAFT BEFÄHIGT WERDEN?

PERSÖNLICHE STÄRKEN AUFBAUEN

WIE KÖNNEN ERPROBTE VORGEHENSWEISEN NACHHALTIG IN SCHULISCHE KONZEPTE EINGEBUNDEN WERDEN?

GIBT ES VORGEHENSWEISEN, DEREN ERGEBNISSE EVALUIERT WERDEN KÖNNEN?

REFERENTEN

- Heinz-Jörg Dähler
- Bianca Becker
- Franz Ermtraud (Firma Hennecke)

ARBEITSKREIS 1 ERZIEHUNG ZUR LEISTUNGSBEREITSCHAFT UND SELBSTVERANTWORTUNG EINFÜHRUNG

Die PISA-Studien haben die Ergebnisse schulischer Bildungs- und Erziehungsarbeit stärker in den Blickpunkt gerückt. Jede Schule ist gefordert, einen Beitrag zur Qualitätsentwicklung zu leisten und dabei auch die Abnehmer (weiterführende Schulen, Betriebe, Kammern sowie Universitäten) einzubeziehen. Die Shell-Ju-

gendstudien wie auch andere Studien belegen, dass Jugendliche Leistung grundsätzlich positiv bewerten. Die Frage ist, wie es in den Schulen gelingen kann, die positive Einstellung zur Leistung in der Erziehungsarbeit zur Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung zu nutzen.

ZIEL

Die Teilnehmer sollen aus der Erziehungsarbeit an ihrer Schule berichten und besonders gelungene Maßnahmen darstellen. Vertreter aus der Wirtschaft wie auch aus einer weiterführenden

Schule sollen ihre Anregungen und Impulse zur Erziehungsarbeit darlegen und sich mit den Teilnehmern austauschen.

LEITFRAGEN

- Wie können die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Selbstverantwortung und auch zur Leistungsbereitschaft befähigt werden?
- Welche Erfahrungen haben die Referenten und Teilnehmer gemacht bzw. welchen unerwarteten Herausforderungen mussten sie begegnen?
- Gibt es Vorgehensweisen, deren Ergebnisse evaluiert werden können?
- Wie können erprobte Vorgehensweisen nachhaltig in schulische Konzepte eingebunden werden?

MIGRATION ANSCHLUSS FINDEN

FLUCHTLINGE
KULTURELLE UNTERSCHIEDLICHKEITEN
WILKOMMEN
IDENTIFIZIEREN

WIE SIEHT DIE RECHTLICHE AUSGANGSLAGE AUS?

TOLERANZ ZUWANDERUNG

WIE MUSS SICH DIE SCHULE INSGESAMT KONZEPTIONELL AUFSTELLEN, UM KINDERN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND UND OHNE DEUTSCHKENNTNISSE DAS ANKOMMEN ZU ERLEICHTERN?

SPRACHBARRIEREN

WIE KÖNNEN BZW. MÜSSEN DIE DEUTSCH-ALS-ZIELSPRACHE-KURSE ORGANISIERT WERDEN? WAS MUSS HIERBEI BERÜCKSICHTIGT WERDEN?

REFERENTEN

- Michael Eich
- Susann Alexandru
- Tina Halatschek

ARBEITSKREIS 2 MIGRATION: ANSCHLUSS FINDEN EINFÜHRUNG

Die Bundesregierung rechnet für das Jahr 2015 wieder mit annähernd 200.000 Zuwanderern. Die Aufnahme und das Unterrichten von Kindern mit Migrationshintergrund stellen die Schulen vor große Herausforderungen. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass diese Heraus-

forderungen von den Schulen nicht alleine geschultert werden können. In Sachen Migration können viele Alltagsfragen nicht ausschließlich im schulischen Rahmen beantwortet bzw. gelöst werden.

ZIEL

Durch Erfahrungsaustausch, Impulse und Handlungswissen soll ein „Leitfaden“ erstellt werden, der in Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen zur Orientierung genutzt werden kann.

LEITFRAGEN

- Wie sieht die rechtliche Ausgangslage aus?
- Wie können bzw. müssen die Deutsch-als-Zielsprache-Kurse organisiert werden? Was muss hierbei berücksichtigt werden?
- Wie muss sich die Schule insgesamt konzeptionell aufstellen, um Kindern mit Migrationshintergrund und ohne Deutschkenntnisse das Ankommen zu erleichtern?
- Welche Erfahrungen haben die Referenten (aber auch die anderen Arbeitskreisteilnehmer) gemacht bzw. welchen unerwarteten Herausforderungen mussten sie begegnen?

WERTSCHÄTZUNG
WELCHE VORAUSSETZUNGEN MÜSSEN ERFÜLLT WERDEN, DAMIT DIESER SCHULALLTAG ERFOLGREICH BEWÄLTIGT WERDEN KANN?

KONSTRUKTIVER AUSTAUSCH
KÖNNEN KONFLIKTFÄLLE MIT DEN GEGENPARTNERN MINIMIERT WERDEN?

**LEHRER – SCHÜLER – ELTERN
GESPRÄCH
KOOPERATION STATT
KONFRONTATION**

REFERENTEN

- Christoph Krier
- Susanne Köppler
- Nadine Schmitt-Hörth

**ARBEITSKREIS 3
LEHRER-SCHÜLER-ELTERN-GESPRÄCH:
KOOPERATION STATT KONFRONTATION
EINFÜHRUNG**

Das regelmäßige Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch bietet den Raum, gemeinsam die Grundlagen für einen gelingenden schulischen Weg zu bereiten. Schulen sollten deshalb in einen regelmäßigen konstruktiven Dialog mit Eltern und mit Schülerinnen und Schülern eintreten. Durch

das regelmäßige Gespräch kann sich nach den Vorstellungen des Landeselternbeirats zwischen den Beteiligten eine unbelastete Atmosphäre entwickeln, in der auch mögliche Konflikte besser gelöst werden können. In der Praxis sieht die Zusammenarbeit oft anders aus.

ZIEL

Der Arbeitskreis will ein Forum des Austauschs bieten, um eigene Erfahrungen und best-practice-Beispiele des Lehrer-Schüler-Eltern-

Gesprächs zu reflektieren und darüber zu diskutieren.

LEITFRAGEN

- Welchen Stellenwert haben Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräche?
- Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, damit diese Gespräche im Schulalltag erfolgreich eingesetzt werden können?
- Wie können Umgangsformen und Regeln vereinbart werden, damit eine wertschätzende Kommunikationskultur aufgebaut werden kann?
- Können Konfliktfälle mit den Gesprächen minimiert werden?

WELCHE GRENZÜBERSCHREITENDEN SITUATIONEN GIBT ES IN SCHULEN?
REGELN EINHALTEN
SCHULPSYCHOLOGISCHER DIENST
LÖSUNGSGEMEINSCHAFT
UMGANGSFORMEN

**GRENZÜBERSCHREITENDE
SITUATIONEN**

WIE KÖNNEN HANDLUNGSORIENTIERTE LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN AUSSEHEN?
WELCHE EXTERNEN UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE KÖNNEN VON DEN SCHULEN GENUTZT WERDEN?
WIE SIND ELTERN BEI DER LÖSUNG EINZUBINDEN?
WELCHE KRITERIEN MÜSSEN BEI DER ANWENDUNG VON ORDNUNGSMASSNAHMEN BERÜCKSICHTIGT WERDEN?

REFERENTEN

- Timo Lichtenthäler
- Simone Densing (Schulsozialarbeiterin)
- Bernd Weirauch (Jurist des MBWWK)

**ARBEITSKREIS 4
GRENZÜBERSCHREITENDE SITUATIONEN
EINFÜHRUNG**

Lehr- und Lernprozesse werden maßgeblich durch lernförderliche Schulstrukturen und motivierendes Schulleben beeinflusst. Umgangsformen wie auch Regeln und Ordnungen bilden den Rahmen für die Ausgestaltung des Schullebens. Grenzüberschreitende Situationen sind massive Störungen im Schulalltag. Sie erfordern

eine konstruktive Bearbeitung innerhalb der Schulgemeinschaft. Je nach Lage des Falls müssen weitere externe Fachleute und Institutionen wie z.B. Schulpsychologischer Dienst, „insoweit erfahrene Fachkräfte“ (INSOFA), Jugendamt, Polizei eingebunden werden.

ZIEL

Anhand von realen Fallbeispielen sollen grenzüberschreitende Alltagssituationen aufgezeigt

und handlungsorientierte Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

LEITFRAGEN

- Welche grenzüberschreitenden Situationen gibt es in Schulen?
- Wie können handlungsorientierte Lösungsmöglichkeiten aussehen?
- Wie sind Eltern bei der Lösung einzubinden?
- Welche externen Unterstützungsangebote können von den Schulen genutzt werden?
- Welche Kriterien müssen bei der Anwendung von Ordnungsmaßnahmen berücksichtigt werden?

PÄDAGOGISCHER FOKUS
WELCHE MÖGLICHKEITEN VON LERNSTEUERUNG GIBT ES?
**UMGANG MIT
SOZIAL-EMOTIONAL
AUFFÄLLIGEN KINDERN**

ADHD
KLASSENGEMEINSCHAFT
PERGER-SYNDROM
WIE WIRKEN SICH SOZIAL-EMOTIONALE
AUFFÄLLIGKEITEN IN UNTERRICHT UND
SCHULE AUS?
WIE SIND ELTERN BEI
LÖSUNG EINZUBINDEN?
WIE KÖNNEN HANDLUNGS-
LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN

REFERENTEN

- Martin Radigk
- Benjamin Bajraktaki
- Arnd Ridder (Schulpsychologe)
- Cordula Sorg
(Beraterin am PL „Lerngruppen steuern“)

**ARBEITSKREIS 5
UMGANG MIT SOZIAL-EMOTIONAL
AUFFÄLLIGEN KINDERN
EINFÜHRUNG**

Die Zahl der sozial-emotional auffälligen Kinder in den Schulen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Der Umgang mit diesen Schülern fordert die Lehrkräfte im erzieherischen und unterrichtlichen Handeln besonders heraus. Vor allem die Klassengemeinschaften werden durch

den Umgang mit sozial-emotional auffälligen Kindern geprägt. Im Umgang mit dieser Schülergruppe gibt es keine Patentrezepte. Wichtig ist die Erkenntnis, dass Lehrkräfte den Fokus des pädagogischen Bemühens verschieben müssen.

ZIEL

Es sollen grundlegende Strategien zur Handhabung der Probleme aufgezeigt und erörtert werden. Dabei werden auch Konzepte und Unterstützungsangebote des Pädagogischen Lan-

desinstituts vorgestellt. Mit fachlicher Anleitung durch die Referenten können Lösungsansätze und Handlungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

LEITFRAGEN

- Wie wirken sich sozial-emotionale Auffälligkeiten in Unterricht und Schule aus?
- Wie können handlungsorientierte Lösungsmöglichkeiten aussehen?
- Welche Möglichkeiten von Lernsteuerung gibt es?
- Wie sind Eltern bei der Lösung einzubinden?

WERKE
WELCHE PRÄVENTIVMASSNAHMEN
KÖNNEN IM SCHULISCHEN WIE AUCH
IM AUßERSCHULISCHEN BEREICH GEPLANT
UND DURCHFÜHRT WERDEN?
**SCHULSOZIALARBEIT
KONFLIKTHILFE
UND BRÜCKENFUNKTIONEN**

WELCHE UNTERSTÜTZUNG
DIE SCHULSOZIALARBEIT
IN KONFLIKTFÄLLEN BIETEN?
WELCHE MÖGLICHKEITEN KÖNNEN SCHULEN
IN ZUSAMMENARBEIT NUTZEN?
SCHULSOZIALARBEIT
GEMEINSCHAFT STÄRKEN
WELCHE ÄUßEREN
RAHMENBEDINGUNGEN SIND ZU

REFERENTEN

- Regina Sersch
- Regina Bollinger
- Bettina Weiller (Schulsozialarbeiterin)

**ARBEITSKREIS 6
SCHULSOZIALARBEIT: KONFLIKTHILFE UND BRÜCKENFUNKTION
EINFÜHRUNG**

Schulen sind bei der Erfüllung von Bildungs- und Erziehungszielen auch auf Unterstützung von außen angewiesen. Eine wirksame Unterstützung wird Schulen durch die Schulsozialarbeit gewährt, die als Teilbereich der Jugendhilfe

innerhalb der Schulgemeinschaft angesiedelt ist. Durch die Schulsozialarbeit wird den Schulen eine zusätzliche sozialpädagogische Unterstützung geboten, die den Schulalltag unterstützt und ergänzt.

ZIEL

Die Teilnehmer erarbeiten unter Bezug auf ihre Erfahrungen und anhand von Praxisbeispielen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen

Schulsozialarbeit und Klassenleitung/Schulleitung.

LEITFRAGEN

- Welche äußeren Rahmenbedingungen sind zu beachten?
- Welche Möglichkeiten können Schulen in der Zusammenarbeit nutzen?
- Welche Präventivmaßnahmen können im schulischen wie auch im außerschulischen Bereich geplant und durchgeführt werden?
- Welche Unterstützung kann die Schulsozialarbeit in Konfliktfällen bieten?



► „DEUTSCH SEIN“: Trend zur Toleranz!

Deutsch zu sein ist für die meisten Bundesbürger keine Frage der Abstammung mehr. Und mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen pflegt Freundschaften zu Kindern ausländischer Herkunft, rund 75 Prozent halten es für völlig normal, „anders“ zu sein. Sind die Deutschen auf dem Weg zu einer toleranteren Gesellschaft?

Wann ist man als „Deutscher“ deutsch? Dieser Frage ging das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung in einer Studie nach. Dabei zeigte sich, dass nur noch 37 Prozent der Bundesbürger der Meinung sind, deutsch ist nur, wer auch deutsche Vorfahren hat. Als häufigstes Kriterium, um als Deutsche bzw. Deutscher anerkannt zu werden, wurde die Sprache angeführt: Wer Deutsch sprechen kann, gilt auch als Deutscher.

Rund 80 Prozent halten dagegen den Besitz eines deutschen Passes für eine entscheidende Bedingung. Aber auch Vorbehalte gegen Muslime förderte die Untersuchung zu Tage: 37,8 Prozent meinen: Wer ein Kopftuch trägt, der kann nicht deutsch sein. Für die Untersuchung wurden 8270 Personen jeweils zwischen 80 und 100 Fragen gestellt.

Doch ist diese Toleranzquote nur ein vorübergehender Trend? Eine Auswertung des LBS-Jugendbarometers belegt das Gegenteil. Etwa 60 Prozent der 11.000 befragten Kinder im Alter von 9 bis 14 Jahren gaben an, mit Kindern aus anderen Ländern befreundet zu sein. 2009 waren es dagegen nur 38 Prozent. Auch im Bereich der Inklusion gibt es Fortschritte, während vor fünf Jahren lediglich 11 Prozent Freundschaften zu Kindern mit Beeinträchtigung pflegten, ist es mittlerweile fast ein Viertel der Befragten.

wü/Quelle: www.news4teachers.de/2014/11/11/%ef%bb%bfdeutschland-auf-dem-weg-zu-mehr-toleranz/

► ALTERNATIVEN ERWÜNSCHT: „Nicht jeder muss studieren!“

Dieser Auffassung, so zu lesen in einer dpa-Meldung vom 3. Januar 2015, ist die neue Präsidentin der Frankfurter Goethe-Universität, Prof. Dr. Birgitta Wolff. Die frühere Bildungsministerin Sachsen-Anhalts hält die Fixierung auf ein Studium für fatal, weil das nicht für jeden Einzelnen der beste Weg sei und auch nicht unbedingt das Beste für die Gesellschaft.

„Das Diskreditieren handwerklicher und gewerblicher Ausbildungswege ist völlig inakzeptabel“, kritisiert die neue Präsidentin der Goethe-Universität. „Die Vorstellung der OECD, Bildungsaufstieg sei nur mit einem Studium zu erreichen, halte ich für grundfalsch.“ Für Prof. Dr. Wolff sind hohe Studien-Abbrecherquoten Fol-

ge dieser von der OECD betriebenen Entwicklung. Die Studienberatung müsse sich deshalb bemühen, auch Alternativen zum universitären Studium aufzuzeigen.

Der Verband Reale Bildung kritisiert immer wieder die von der OECD betriebene, einseitige Fixierung auf Abitur und Studium, weil dieser Weg für viele junge Menschen in eine Sackgasse führt (vgl. RBiRP, Ausgabe 03/2014). Es ist zu begrüßen, dass inzwischen immer mehr Vertreter der Universitäten vor dieser Fehlentwicklung warnen.

Eich/Quelle: „Neue Uni-Präsidentin Wolf: Fixierung aufs Studium ist fatal“, dpa vom 03.01.2015



► FACHKRÄFTEMANGEL: „Handwerk statt Hochschule“

Unter dieser Überschrift richtet der neue Präsident der Handwerkskammer Koblenz Kurt Krautscheid in einem Interview mit der Rhein-Zeitung (22.12.14) den Blick auf den Nachwuchsmangel. Er betont, dass im Handwerk auch Schüler mit schwächeren Noten eine Chance haben, wenn sie über Geschick, gute Umgangsformen und Zuverlässigkeit verfügen. Bei einem Praktikum könne man dies sehr gut feststellen.

Andererseits will das Handwerk auch Studienabbrechern eine neue Perspektive bieten, wenn sie erkannt haben, dass ein Hochschulstudium nicht das Richtige

für sie war. Sie könnten bei entsprechender Eignung auch Führungspositionen im Handwerk übernehmen.

Nach der Zusammenarbeit mit den Schulen befragt, antwortete der Kammerpräsident: „Seit es die Realschule plus gibt, begegnen wir vielen Lehrern, die sich wirklich um die jungen Leute kümmern, die auf Betriebe vor Ort zugehen und Ausbildungsplätze suchen. Aber wir müssen auch den Eltern beibringen, dass der Spruch ‚Du wirst was Besseres und auf keinen Fall Handwerker‘ falsch ist. Das Gegenteil ist der Fall!“

Häring



► EIN BLICK ÜBER DEN RHEIN

Wohin geht die Realschule in Baden-Württemberg?

Die baden-württembergischen Realschulen haben im Gegensatz zu den Haupt- und Werkrealschulen nur vereinzelt die Umwandlung in Gemeinschaftsschulen beantragt. Sie sollen nun ab dem Schuljahr 2016/17 neben der mittleren auch die grundlegende Niveaustufe anbieten und zusätzlich auch die Hauptschulabschlussprüfung nach Klasse 9 in eigener Zuständigkeit abnehmen können.

Die Weiterentwicklung der Realschulen sei „aufgrund der steigenden Heterogenität und des geänderten Schulwahlverhaltens dringend erforderlich“, so Kultusminister Andreas Stoch in einer Pressemitteilung. Nach der Orientierungsstufe wird festgelegt, auf welchem Niveau ein Schüler in den darauffolgenden Schuljahren lernt. Zwar werden die Schüler dann, unabhängig vom jeweiligen Leistungsniveau, gemeinsam unterrichtet, die Realschulen können aber in den Klassenstufen 7 und 8 zeitweise eine äußere Differenzierung in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik vornehmen. Ähnlichkeiten mit der integrativen Form der rheinland-pfälzischen Realschule plus sind durchaus zu erkennen. Dass das Konzept breite Zustimmung erfährt, hängt sicher mit der Tatsache zusammen, dass die Realschulen zur Umsetzung „eine nachhaltige Verbesserung der Ressourcenausstattung“ erfahren.

„Nach über drei Jahren der Ignoranz und Machtarroganz sind Versuche, eine nachweislich erfolgreich arbeitende Schulart in Baden-Württemberg durch ein Gemeinschaftsschulprojekt zu ersetzen, vorerst gescheitert. Die grün-rote Landesregierung muss eingestehen, dass sie ohne die Realschule den Bildungsstandort Baden-Württemberg nicht weiterentwickeln kann“, erklärte der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) Jürgen Böhm optimistisch.

Der Verband Bildung und Erziehung Baden-Württemberg (VBE) stellt fest: „Für die ... besonders gebeutelten Realschulen hat die Landesregierung nun einen ersten erfolgreichen Schritt ... eingeleitet. Besonders im Bereich der individuellen Förderung war eine deutliche Benachteiligung der Realschulen sichtbar geworden. ... Mit großem Verständnis und intensiver Zustimmung hat der Verband Bildung

und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg die Verkündung der Unterstützungsmaßnahmen für die Realschulen durch den Kultusminister wahrgenommen.“

„Die Realschulen haben die größten Klassen und die heterogenste Schülerschaft der weiterführenden Schulen“, sagt dazu Doro Moritz, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). „Für den Umgang mit dieser Heterogenität brauchen wir die versprochenen zusätzlichen Poolstunden sowie Unterstützung bei der Schul-, Unterrichts- und Teamentwicklung. Schülerinnen und Schüler zu unterschiedlichen Bildungsabschlüssen zu führen ist eine pädagogische Herausforderung.“

Die aufgeführten Aussagen treffen weitgehend auch auf die Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz zu. Auch hier müssten zusätzliche Ressourcen zur Bewältigung der Heterogenität zur Verfügung gestellt werden.



Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

► VDR-BUND: PRESSEMITTEILUNG VOM 21. JANUAR 2015

Realschullehrer kritisieren OECD-Bildungsberichte

Einseitiger Akademisierungswahn der OECD: Quoten sagen nichts über Qualität – brlv-Chef Böhm: „Lassen uns die Qualität des differenzierten Schulsystems und der Beruflichen Bildung nicht schlechtreden“

Von „Ignoranz, die kaum noch zu übertreffen ist“, spricht der Vorsitzende des Bayerischen Realschullehrerverbands, Jürgen Böhm, in Bezug auf die neuesten Bildungsberichte der OECD. Darin kritisiert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Deutschland für seine geringe Akademisierungsrate. Im internationalen Vergleich drohe die Bundesrepublik nach den Aussagen der OECD abgehängt zu werden. „Die OECD hat nach wie vor nicht begriffen, welche Potenzen im differenzierten Schulsystem und der Beruflichen Bildung stecken. Was zählt, ist nicht die Zahl der Hochschulabsolventen, sondern die Qualität unserer vielfältigen und hochspeziellen Ausbildungswege“, erklärt Böhm. „Die Realschulen als starke Säule des bayerischen Schulwesens bilden für die Heranwachsenden die beste Basis für ein erfolgreiches und glückliches Berufsleben. Jugendliche werden hier individuell in ihren Begabungen gefördert und können sowohl eine qualitativ hochwertige duale Berufsausbildung als auch den Weg hin zum Hochschulstudium beschreiten.“

Beide Wege, der akademische und der berufliche, müssten gleichwertig nebeneinander stehen, um eine erfolgreiche Volkswirtschaft organisieren zu können, ist der brlv-Vorsitzende überzeugt: „Den Beweis dafür liefert die OECD selbst!“ Damit verweist Böhm auf ein weiteres Studienergebnis der Organisation: In kaum einem anderen OECD-Land ist die Arbeitslosigkeit unter jungen Arbeitnehmern so gering wie in Deutschland. „Über das einzigartige System der dualen Ausbildung bilden wir Fachkräfte aus, die nicht nur in der Theorie fit sind, sondern auch praktisches Know-how mitbringen. Gerade zum aktuellen Zeitpunkt, wo wir auf einen Mangel an qualifizierten Fachkräften in Industrie, Handwerk und Dienstleistung zusteuern, sind diese dualen Ausbildungswege besonders wertvoll. Andere Länder, die heute eine enorme Jugendarbeitslosigkeit aufweisen, beneiden uns dafür! Von der OECD werden wir uns unser erfolgreiches Bildungssystem mit einer starken Realschule nicht schlechtreden lassen“, so Böhm.

Experten in der Schule: Mit- und voneinander lernen



Uwe Schwab von der Johnson Controls Components GmbH & Co. KG: Kooperation bringt allen Beteiligten einen Mehrwert

Außerschulische Experten spielen eine wichtige Rolle und bereichern das schulische Lehren und Lernen. Aber auch die Wirtschaftsbetriebe und andere außerschulische Partner sind an den Erfahrungen der schulischen Experten, also der Lehrkräfte und Schulleitungsmitglieder, interessiert. Gerade in Zeiten, in denen die Zahlen der Schulabgänger rückläufig sind und die Öffentlichkeit über Fachkräftemangel, rückläufige Ausbildungsfähigkeit und -bereitschaft sowie über mangelnde Studierfähigkeit kontrovers diskutiert, wird der Austausch und die Zusammenarbeit von schulischen und außerschulischen Experten immer wichtiger.

Diese Kooperationen sind kein Neuland, es gibt hier bereits viele fruchtbare Initiativen, aber oftmals hängen diese von glücklichen Fügungen ab und sind regional begrenzt. Mit unserer Fortbildung in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* stellen wir die Zusammenarbeit von schulischen und außerschulischen Experten an konkreten Einzelbeispielen in den Mittelpunkt.

Mehrwert durch Kooperation

Die Realschule plus Rockenhausen profitiert beispielsweise von der Kooperation mit der Johnson Controls Components GmbH & Co. KG, die für motivierte und interessierte Schüler eine wöchentlich stattfindende Mathe-AG anbietet. Hier bekommen die Schüler von Auszubildenden an konkreten Sachgegenständen mathematische Fähig- und Fertigkeiten vermittelt und zugleich aufgezeigt, wofür Mathematik gut ist.

Diese Kooperation bringt für alle Beteiligten einen Mehrwert: Durch die Lernortverlagerung wird das

Berufsleben für die Schüler erfahrbarer und zugleich kann der Betrieb die Lerninhalte auf die eigenen Bedürfnisse abstimmen.

Ein Paradigmenwechsel im Technikbereich und ein neues Verständnis über anwendbare Unterrichtseinheiten im Wahlpflichtfach TuN werden an der Albert-Schweitzer-Realschule plus Mayen in Kooperation mit RWE Westnetz Rauschmühle vollzogen. Das dort stattfindende Bobbycar-Projekt fordert und fördert Schülerinnen und Schüler in ihrem technisch-physikalischen Wissen und ihrer Kreativität heraus. In Teams von Azubis und Schülern müssen die handelsüblichen Bobbycars mittels technischer Hilfsmittel motorisiert werden, um anschließend in einem Rennparcours zu beweisen, dass die von dem Teams entwickelten Ideen den Herausforderungen standhält.

Info-Truck besucht Schulen

Ein anderes Modell der Berufsorientierung im MINT-Bereich bietet der M+E-Berufe-Info-Bus bzw. -Truck,





der Schülerinnen und Schüler über gewerblich-technische Berufe in der Metall- und Elektroindustrie informiert. Mittels multimedialer Angebote lernen Klassen spielerisch unterschiedliche Berufsfelder im MINT-Bereich kennen und sammeln u.a. praktische Erfahrungen im Elektrobereich.

Interessierte Schulen können den Bus bzw. Truck an-

fordern und die mobile Berufsorientierung in ihren Unterricht integrieren (www.me-vermitteln.de/MobileBerufsinformation/DerInfoTruck.aspx).

Berufsorientierung mit Leben füllen

Im Laufe der Veranstaltung wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern deutlich, dass die Berufsorientierung an der Schule gelebt werden sollte, und zwar

Bitte umblättern

Experten in der Schule – mit- und voneinander lernen

Fortbildung SchuleWirtschaft in Kooperation mit dem VRB
Beispiele gelungener Kooperationen

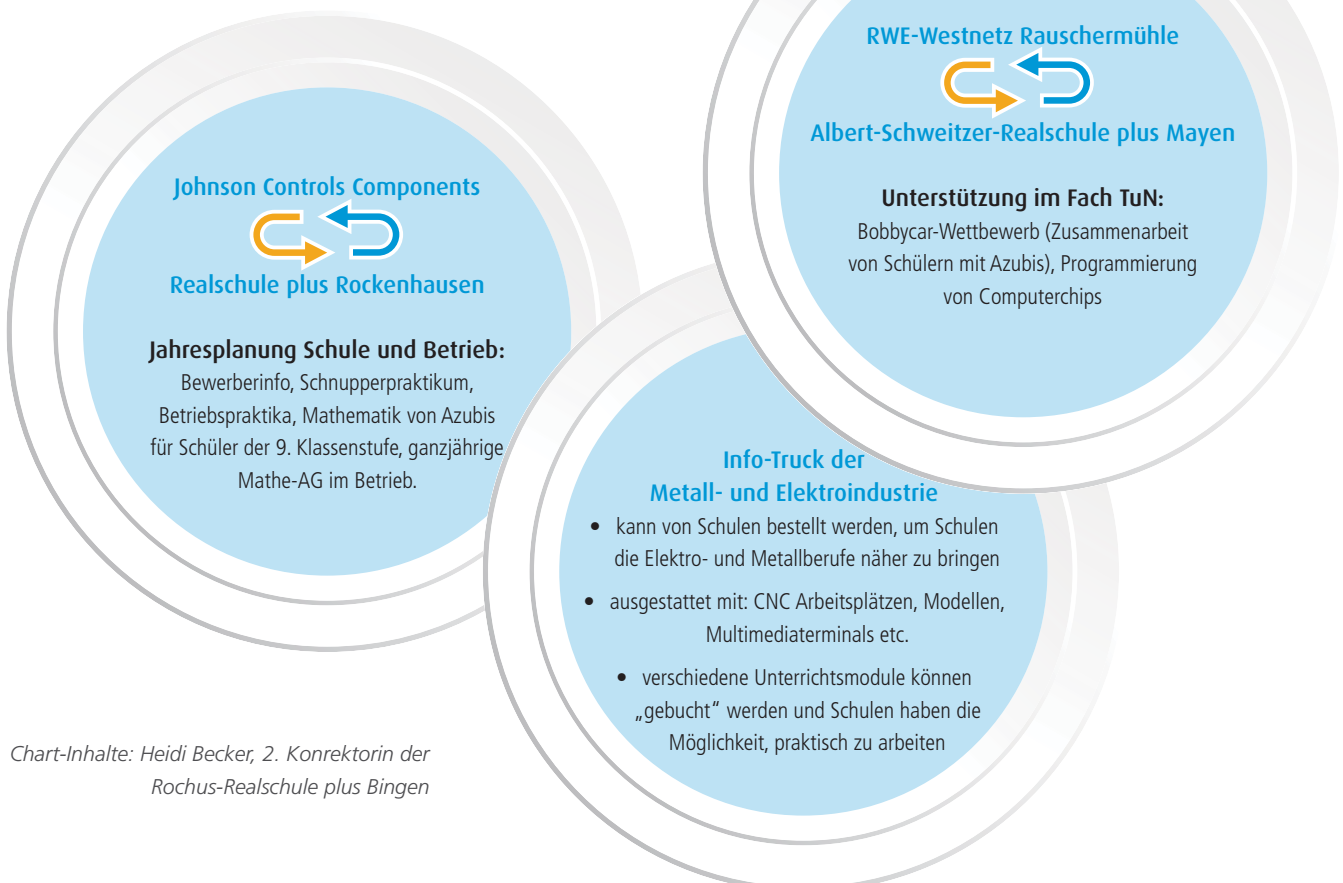


Chart-Inhalte: Heidi Becker, 2. Konrektorin der Rochus-Realschule plus Bingen



Foto: M+E Berufe

insbesondere in Form von Projekten, bei denen die Schülerinnen und Schüler theoretisches Wissen über die Praxis erlernen. Die hier vorgestellten Projekte mussten einen Entwicklungsprozess durchlaufen, der sich am Berufswahlfahrplan orientierte: Alle Beteiligten müssen an einen Tisch kommen und sollten sich über wesentliche Punkte bewusst sein. Es muss ein leistbares Programm sein, die Standortbedingungen müssen berücksichtigt werden und der Wille zur Umsetzung muss von Seiten des Kollegiums und der Unternehmen da sein. Abschließend muss das Erlebte und Geleistete evaluiert und evtl. überarbeitet werden, bevor es in eine neue Runde geht.

Fotos: VRB



► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 18. NOVEMBER 2014

Hart und nicht fair

„Die Klagen aus den Lehrerzimmern werden immer lauter“, stellt der Vorsitzende des Verbandes Reale Bildung (VRB) Bernd Karst fest. „Seit Jahren werden der Schule immer neue Aufgaben zugewiesen:

- Ausarbeitung von Schulprogrammen,
- Übernahme von Erziehungsaufgaben, die bisher von Eltern wahrgenommen wurden,
- Umsetzung der Schulstrukturreform,
- Individualisierung des Unterrichts,
- Integration von Migrantenkindern,
- Inklusion beeinträchtigter Jugendlicher,
- Gewalt- und Drogenprävention,
- Berufsorientierungsprogramme,
- Intensivierung der Elternarbeit,
- Entwicklung von Medienkonzepten,
- Umwelt- und Verbraucherbildung,

um nur einige zu nennen.“ Entsprechende Entlastungen der Lehrkräfte sind dagegen nicht vorgesehen. Die Verweigerung wird von der Landesregierung stets mit Hinweis auf die Schuldenbremse oder mit

dem Vorrang einer Reduzierung des Unterrichtsausfalls begründet. „Es wird Zeit, dass das Land auch seiner Fürsorgepflicht gegenüber seinen Lehrkräften nachkommt“, mahnt der VRB-Chef und fordert die neue Bildungsministerin Vera Reiß auf, den angekündigten „Neustart“ zu nutzen, bevor sich die Zahl ausgebrannter Lehrkräfte weiter dramatisch erhöht.

Konkret fordert der VRB:

- Klassenmessenzahl 25 (in Berufsreifeklassen und -kursen 20) auf allen Stufen
- Unterrichtsverpflichtung der Vollzeit-Lehrkräfte 24 Wochenstunden
- Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte, solange sie noch zur Verfügung stehen
- Unterstützungsteams mit Schulpsychologen und Schulsozialarbeitern
- Teilhabe der Lehrkräfte an der allgemeinen Lohnentwicklung statt Absenkung der Realeinkommen

Die Loyalität der Lehrerschaft gegenüber dem Dienstherrn verlangt auch faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Diese Fairness erwartet der VRB von der umgebildeten Landesregierung.

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 3. DEZEMBER 2014

Hauptsache schöne Zahlen? VRB befürchtet Abstufung des Förder- und Wahlbereichs

Die neue Bildungsministerin Vera Reiß konnte beim heutigen Pressetermin mit leicht verbesserten Zahlen zur Unterrichtsversorgung aufwarten. Sie macht sich darüber hinaus Gedanken darüber, wie man die Statistik noch strahlender darstellen könnte.

So ist wohl beabsichtigt, den Pflichtbereich und den Wahl- und Förderbereich getrennt zu erfassen. Dabei soll der Pflichtunterricht gemäß Stundentafel absolute Priorität genießen. „Die Abdeckung der Pflichtstunden sollte ohnehin selbstverständlich sein“, meint dazu der VRB-Landesvorsitzende Bernd Karst. „Gerade in den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen sind jedoch zusätzliche Lehrerstunden für individuelle Förderungen, zeitweise Doppeltbesetzungen und kleine Wahlpflichtfachkurse kein zusätzlicher Luxus, sondern Voraussetzungen für einen qualitativ hochwertigen Unterricht.“ Während die Landesregierung in Baden-Württemberg aktuell den Realschulen aufgrund der großen Bandbreite der Begabungen ihrer Schülerpopulation weitere Stunden zuweist *, sieht das Ministerium hierzulande die zusätzlich notwendigen Förderstunden offenbar als weniger dringlich an.

Mit einer Wertigkeitsabgrenzung zwischen Pflicht- und Zusatzangebot wird den einzelnen Schulen Gestaltungsmöglichkeit genommen. „In Einzelfällen kann eine schlechte Versorgung dazu zwingen, für den Erhalt und die Pflege des Schulorchesters oder der Theatergruppe ein paar Stunden einzuplanen und dafür in einer Klassenstufe eine Stunde Pflicht-Musikunterricht ausfallen zu lassen“, so VRB-Chef Karst. „Man kann nicht auf der einen Seite eine Stärkung der schulischen Selbstverantwortung preisen und auf der anderen Seite die Schulen ans Gängelband nehmen.“

Auch in Zukunft wird ein Defizit im Förder- und Wahlbereich vom VRB nicht als „minder schwerer Ausfall“ hingenommen werden. Die von der Ministerin angestrebte Transparenz wird am besten dadurch erreicht, dass den Schulen eine ihren individuellen Bedürfnissen entsprechende Vollversorgung plus X zugewiesen wird.

** In einer Pressemitteilung vom 20.11.14 kündigt BW-Kultusminister Stoch eine nachhaltige Verbesserung der Ressourcenausstattung bei den Realschulen an.*

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 15. JANUAR 2015

Eingliederung von Migrantenkindern VRB fordert Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstunden

Die Zahl an Flüchtlingen, Asylbewerbern und Zuwanderern nimmt auch in Rheinland-Pfalz deutlich zu. Damit kommt besonders auf die Realschulen plus und die Integrierten Gesamtschulen eine gewaltige Aufgabe zu. Um den teilweise schwer traumatisierten Kindern das Ankommen in einer für sie völlig fremden kulturellen und sozialen Umwelt zu ermöglichen, reichen ein paar Deutschstunden keineswegs aus.

Ministerin Vera Reiß äußerte sich in einem Zeitungsinterview (Rhein-Zeitung vom 07.01.15) dazu mit den Worten: „Die Frage nach mehr Personal und zusätzlichen Mitteln stellt sich erst einmal nicht. Meines Erachtens geht es um Umorganisation, Vernetzung, den Abbau von Verfahrenshürden.“ Der VRB-Landesvorsitzende Bernd Karst ist entsetzt: „Wer glaubt, man könne die dringend notwendige Eingliederung zum Nulltarif erreichen, kennt offenbar die Praxis nicht, wie sie sich den Lehrkräften tagtäglich vor Ort darstellt. Ohne eine intensive persönliche Zuwendung ist das Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse dieser Kinder mit Gewalterlebnissen und manchmal ohne jede Schuler-

fahrung nicht möglich.“ Es kann nicht weiter erwartet werden, dass sich Lehrkräfte über ihr Deputat hinaus bis zur Selbstaufopferung diesen Jugendlichen widmen. VRB-Chef Karst fordert deshalb die zusätzliche Zuweisung von zwei Lehrerwochenstunden pro aufgenommenem Kind über die Sprachförderung hinaus. Die schon früher aufgestellte grundsätzliche Erwartung, dass je 100 Schulkinder ein(e) Schulsozialarbeiter(in) vorzusehen ist, bekommt vor dem Hintergrund der Migration eine neue dramatische Bedeutung.

Je intensiver die Förderung ist, desto eher werden die Zugänge auch von Eltern und Mitschülern toleriert und nicht als „Bremsen“ des Unterrichtsfortschritts wahrgenommen. Sparen an der Entwicklung der jungen Migranten fördert die Ausgrenzung und schließlich die Bildung von Parallelgesellschaften. Der VRB appelliert an die Landesregierung: Handeln Sie jetzt und stellen Sie zum Termin 01.02. zusätzliche Lehrkräfte an Realschulen plus und Gesamtschulen ein!



► KINDERBETREUUNG: Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes

Seit dem 1. Januar 2015 ist das Gesetz zur Einführung des Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit in Kraft. Für die Eltern von Kindern, die ab dem 1. Juli 2015 geboren werden, besteht die Möglichkeit, zwischen dem Bezug von dem bisherigem Elterngeld (Basiselterngeld) und dem Bezug von Elterngeld Plus zu wählen oder beides zu kombinieren.

Diese Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) stellen in erster Linie eine Erweiterung der Wahlmöglichkeiten von Eltern dar, wie sie ihr Kind in den ersten Lebensjahren betreuen möchten. Dabei werden Eltern, die sich nach der Geburt eines Kindes für einen schnellen beruflichen Wiedereinstieg entscheiden, stärker finanziell gefördert als bisher. Zudem sollen Eltern belohnt werden, die sich Erwerbs- und Erziehungsarbeit für mindestens vier Lebensmonate ihres Kindes gleichberechtigt teilen. Sie dürfen hierfür länger Elterngeld Plus in Form der neuen Partnerschaftsbonusmonate beziehen.

Auf unserer Homepage bieten wir Ihnen eine aktuelle Zusammenstellung wichtiger Informationen und Änderungen zum BEEG. Darüber hinaus finden Sie an dieser Stelle rund um die Themen Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld wertvolle und nützliche Informationen. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

www.vrb-rlp.de/service/infos-elternzeit/

Das VRB-Handbuch für Lehrkräfte wird zum Thema Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld gerade aktualisiert. Zum Thema Elterngeld Plus werden Sie eine Erweiterung Ihres Handbuchs in der aktuellen Version erhalten. Informationen zum VRB-Handbuch für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz finden Sie auf unserer Homepage im Servicebereich.

www.vrb-rlp.de/service/vrb-handbuch/

*Bengjamin Bajraktari, VRB-Referent für
Beurlaubung/Mutterschutz/Elternzeit*

Quellen: www.bmfsfj.de; www.elterngeld.net



► VRB-RECHTSSCHUTZ

Hermann Kölsch übergibt sein Referat an Erwin Schneider

Fünfzehn Jahre lang war Hermann Kölsch als VRB-Rechtsschutzbeauftragter Anlaufstelle für Lehrkräfte, die Rat und Unterstützung suchten in schwierigen dienstlichen Konfliktsituationen.

Wir haben in den letzten Jahren Beiträge über seine Arbeit mit folgenden Sätzen eingeleitet: „Bei ihm stehen mehrere Ordner mit Anliegen, die er an die Juristen des dbb-Dienstleistungszentrums zur Klärung und Unterstützung weitergegeben hat. In loser Folge sollen in dieser Zeitschrift Fälle vorgetragen werden...“ Zum Jahresende übergab Hermann Kölsch auf eigenen Wunsch sein Amt und seine Ordner an Erwin Schneider, den der Landesvorstand als Nachfolger bestellt hat.

Dankbarkeit wird in besonderer Erinnerung bleiben

Der Landesvorstand dankt Hermann Kölsch, der über 40 Jahre hinweg in unterschiedlichen Ämtern und Aufgaben Verantwortung für unseren Verband übernommen hat. Es ist beruhigend, dass wir auch weiterhin auf seinen Rat zählen können. In besonderer Erinnerung wird ihm bleiben, dass er in seiner Tätigkeit als Rechtsschutzreferent immer wieder die Dankbarkeit von Lehrkräften erfahren hat, denen er Hilfe und Unterstützung vermitteln konnte. Wir zitie-

ren exemplarisch aus dem jüngsten Schreiben einer Kollegin: „Ich möchte mich recht herzlich für Ihren Einsatz und Ihre Unterstützung in meinem Rechtsschutzfall bedanken. Durch Ihr schnelles und nachdrückliches Agieren haben Sie mir sehr weitergeholfen.“

Für die Amtsübergabe trafen sich Hermann Kölsch (rechts), Erwin Schneider (links) und der stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Wünschel beim dbb-Dienstleistungszentrum Süd-West in Mannheim. Eingebettet war die Übergabe in ein Gespräch mit den für Rheinland-Pfalz zuständigen Rechtsanwälten Ilka Wolf-Bühler, Kai Naumann (hinten links) und Marco Speth (hinten rechts).

Im Mittelpunkt stand der Austausch über die Zusammenarbeit der Anwälte mit dem VRB-Rechtsschutzbeauftragten und über Fragen der Rechtsschutzgewährung.



Foto: Wünschel

Art, Inhalt und Durchführung der Rechtsschutzdurchführung bestimmen sich nach der dbb-Rahmenrechtsschutzverordnung (einsehbar unter www.dbb.de). Rechtsschutz wird danach gewährt zur Durchsetzung oder Abwehr von Ansprüchen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der derzeitigen oder früheren beruflichen und gewerkschaftlichen Tätigkeit eines Einzelmitglieds stehen. In diesem Sinne wird Rechtsschutz für Fragen des Beamtenrechts, des Arbeitsrechts und des berufsbezogenen Sozialversicherungsrechts gewährt.

Geleistet wird Beratungsrechtsschutz (mündliche oder schriftliche Auskünfte oder rechtliche Kurzeinschätzungen) und Verfahrensrechtsschutz (Vertretung in einem gerichtlichen oder außergerichtlichen Verfahren). Der Rechtsschutz ist eine freiwillige satzungsmäßige Leistung des dbb. Für das Einzelmitglied ist er in der Regel kostenlos.

Zunächst an den VRB-Rechtsschutzbeauftragten wenden

Brauchen Einzelmitglieder gewerkschaftlichen Rechtsschutz, müssen sie sich zunächst an den VRB wenden. Im weiteren Verlauf kooperieren der VRB-Rechtsschutzbeauftragte und das Dienstleistungszentrum Hand in Hand. Das hilft auch in kniffligen Fällen, in denen kein Rechtsschutz gewährt werden kann, weil z.B. das Anliegen nicht dienstlicher Natur ist oder hinreichende Erfolgsaussichten fehlen.

VRB-Mitglieder, die für einen Problemfall aus ihrem dienstlichen Bereich rechtliche Beratung oder Rechtshilfe suchen, wenden sich schriftlich – das kann auch per E-Mail erfolgen – an den VRB-Rechtsschutzbeauf-

tragten Erwin Schneider. In ihrem Schreiben soll der Sachverhalt geschildert und eine Fragestellung formuliert sein, bereits vorhandener Schriftverkehr sollte beigefügt werden.

Wichtig: die Kosten für einen bereits extern eingeschalteten Anwalt können nicht übernommen werden, weil der dbb eigene Anwälte beschäftigt.

Adresse:

VRB-Rechtsschutzbeauftragter Erwin Schneider

**Mühlenweg 24
54675 Roth/Our
Tel: 0 65 66/9 33 19 19
Fax: 0 65 66/93 51 11**

**erwin.schneider@vrb-rlp.de
www.vrb-rlp.de**

Wir wollen übrigens auch weiterhin in loser Folge aus der Arbeit des Rechtsschutzbeauftragten Fälle veröffentlichen.



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

► JURISTISCHE ALLTAGSFRAGEN

Handynutzung in der Schule: Wer haftet im Schadensfall?



„Grundausstattung“ vieler Schüler: Handys,
Smart Phones & Co.

Foto: www.fotolia.de

Ein generelles Handyverbot in der Schule ist mit den Eltern und Schülern nicht durchsetzbar: Digitale Medien bieten für Kommunikation und Information viele Möglichkeiten, auf die Eltern und Schüler auch während der Schulzeit nicht verzichten wollen.

Einschränkungen der Handynutzung in der Schule sind dagegen sinnvoll, da Handys ein großes Ablenkungspotenzial haben. Viele Schulen haben daher die Handynutzung in der Schule eingeschränkt und eine Ordnung beschlossen, in der Regelungen enthalten sind, welche Maßnahmen Lehrer bei unerlaubter Nutzung im Unterricht ergreifen

dürfen. Eine häufig praktizierte Regelung ist, dass die Schüler das Handy der Lehrkraft aushändigen müssen. Die Rückgabe erfolgt am Ende der Stunde, des Schultages von der Lehrkraft oder im Schulbüro.

In unseren Schulungen und Beratungen wird aus konkretem Anlass oder aus Interesse häufig die Frage gestellt: „Wer haftet für den Schaden, wenn eine Beschädigung beim Aufbewahren oder bei der Rückgabe eintritt?“

Die Redaktion hat die Frage an VRB-Juristin Antonia Dufeu weitergeleitet, die uns folgende Ausführungen hierzu zugeleitet hat:

Grundsätzlich gilt Folgendes

1. Die Schule ist verpflichtet, von den Schülern berechtigterweise mitgebrachtes Eigentum „in angemessenem Umfang“ vor Verlust und Beschädigung zu schützen.

2. Verletzt eine Lehrkraft ihre Amtspflicht und verursacht dadurch bei einem Schüler einen Schaden, tritt der Dienstherr im Rahmen der Amtshaftung (nach Art. 34 GG in Verbindung mit § 839 BGB) für den Schaden ein. Zwar haftet bei Fahrlässigkeit die Lehrkraft zunächst persönlich, sie kann sich jedoch an den Dienstherrn wenden und sich schadlos halten. Bei grob fahrlässigem bzw. vorsätzlichem Handeln allerdings kann die Lehrkraft für einen verursachten Schaden vollständig haften.

Wenn also eine Lehrkraft das Eigentum (= Handy) eines Schülers beschädigt, ist zunächst zu klären, ob der Schüler das Handy „berechtigterweise“ mit in den Unterricht gebracht hat und dann, ob die Lehrkraft fahrlässig oder vorsätzlich dieses Handy beschädigt hat.

Schulen müssen eindeutige Stellung beziehen

Unklar ist bisher, ob das Mitbringen von Smartphones durch Schüler berechtigterweise geschieht. Inzwischen gehören derartige Geräte zur „Grundausstattung“ eines jeden Schülers, spätestens ab der 7. Klasse. Das bedeutet jedoch nicht, dass es zu den gewöhnlichen, in die Schule mitzubringenden Gegenständen gehört. Hinsichtlich des Wertes eines solchen Hightech-Gerätes wird man davon ausgehen können, dass es nicht im Sinne der Schule ist, solch wertvolle Gegenstände zu betreuen.

Da hier die Rechtslage noch fraglich ist, sollte jede Schule eindeutig zu diesem Thema Stellung beziehen und sowohl Schüler als auch Eltern darüber informieren, dass klare Regeln für die Nutzung von Handys gelten. Hier ist es angebracht zu erklären, dass weder Schule noch Lehrkraft bei Zuwiderhandlungen für eventuelle Schäden haftbar gemacht werden können und Eltern und Schüler das alleinige Risiko für Schäden am Handy tragen.

Die gilt erst recht, wenn die Lehrkraft erst nach Aufforderung durch den Schüler in den Besitz des Handys kommt, etwa im Rahmen von Klassenfahrten oder bei Sportaktivitäten. Nichtsdestotrotz muss eine Lehrkraft, die in den Besitz des Handys gelangt, mit dem Gerät so umsichtig vorgehen, als wäre es das eigene.



Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule.Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



► KINDERBEZOGENE ENTGELTBESTANDTEILE

Neuregelung des Bundesverfassungsgerichts möglich

Das Bundesverfassungsgericht wird sich erneut mit der Frage beschäftigen, ob die von 27 auf 25 Jahre herabgesetzte Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld verfassungsgemäß ist (Az. 2 BvR 646/14). Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 war unter anderem die Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld von 27 auf 25 Jahre abgesenkt worden. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Herabsetzung der Altersgrenze verfassungswidrig ist.

Daher hatte der dbb mit dbb Info Nr. 27/2014 Eltern, die durch die Regelung Nachteile erleiden, empfohlen, gegen Kindergeld- bzw. Steuerbescheide binnen eines Monats Einspruch einzulegen und unter Verweis auf das laufende Verfahren beim Bundesverfassungsgericht (Az. 2 BvR 646/2014) ein Ruhen des Verfahrens beantragen.

Sollte das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit feststellen, hätte diese Entscheidung auch Auswirkungen auf die Gewährung der kinderbezogenen Entgeltbestandteile einer Vielzahl von Tarifverträgen. Es ist daher zur Wahrung eventueller Rechte geboten, aktiv zu werden.

Daher sollten Tarifbeschäftigte, die durch die herabgesetzte Altersgrenze Nachteile erleiden, unter Verweis auf das Verfahren beim Bundesverfassungsgericht bei ihrem Arbeitgeber die Zahlung der kinderbezogenen Entgeltbestandteile für das in Betracht kommende Kind geltend machen. Die einmal durchgeführte schriftliche Geltendmachung wahrt den Anspruch unter Berücksichtigung einer tariflichen Ausschlussfrist auch für die Zukunft und unterliegt der Regelverjährung von drei Jahren.



Foto: www.fotolia.de

Ein entsprechender Musterantrag zur Geltendmachung ist auf der Homepage des VRB zu finden. Bei Fragen wenden Sie sich an die Berater des VRB zu Fragen des Tarifrechts.

dbb Rundschreiben 17, 2014, Rd

► ERGEBNISSE ALLENSBACHER STUDIE:

Hohe Arbeitszufriedenheit bei Beamten



Foto: www.fotolia.de

Wie zufrieden sind Berufstätige mit ihrer Arbeit? Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigt: der Großteil aller Berufstätigen (84 Prozent) ist mit seinem Job zufrieden oder sogar sehr zufrieden. In den Berufsgruppen der Selbständigen, Leitenden Angestellten und Beamten ist die Zufriedenheit am größten. Die Hälfte aller Beamten ist zufrieden mit ihrem Beruf, 41 Prozent sind sogar sehr zufrieden. Die meisten Unzufriedenen finden sich bei den angelernten Arbeitern, hier sind 37 Prozent unzufrieden mit ihrer Betätigung.

Demzufolge ist auch der Wunsch nach einem Wechsel des Arbeitgebers eher schwach ausgeprägt, lediglich 11 Prozent aller Berufstätigen würden gerne wechseln, vier von fünf Befragten möchten bei ihrem jetzigen Arbeitgeber bleiben. Sogar in der Gruppe der weniger oder gar nicht

Zufriedenen wollen nur 46 Prozent das Unternehmen wechseln. Im Jahr 2014 gaben Arbeitnehmer an, im Durchschnitt rund 10,4 Jahre bei ihrem aktuellen Arbeitgeber beschäftigt gewesen zu sein. Dieser Wert ist seit 20 Jahren recht stabil.

Auch häufige Jobwechsel sind selten, der durchschnittliche Arbeitnehmer ist in seinem Berufsleben nur bei drei verschiedenen Arbeitgebern beschäftigt. Die Gruppe der angelernten Arbeiter wechselt am häufigsten den Arbeitgeber, Beamten sind logischerweise bei wenigen unterschiedlichen Arbeitgebern beschäftigt, im Schnitt sind es 1,8. Für die Untersuchung wurden 1.530 Personen ab 16 Jahren in ganz Deutschland befragt.

wü/Quelle: ifd-allensbach.de, IfD-Umfrage 11029

► TARIFVERHANDLUNGEN 2015

dbb fordert 5,5 %, mindestens 175 Euro mehr!



dbb-Vize und Verhandlungsführer Willy Russ: Der fehlende Tarifvertrag für Pädagogen ist die besondere Problematik bei den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Der Beschluss der Bundestarifkommission vom 18. Dezember 2014 in Berlin ist Zielvorgabe für die im Februar beginnenden Tarifverhandlungen. Das Tarifergebnis soll zeit- und inhaltsgleich auf Beamte und Versorgungsempfänger übertragen werden.

Der dbb Bundesvorsitzende Dauderstädt hob auf der Pressekonferenz zur Einkommensforderung die Bedeutung der Tarifrunde für den Beamtenbereich hervor: „Die entwürdigende Deckelungs-, Streckungs- und Kürzungspraxis aus dem Jahr 2013, (...) darf sich nicht wiederholen.“ Dauderstädt machte in Berlin deutlich, dass Einkommens-

unterschiede, wie sie derzeit zu Beschäftigten des Bundes und der Kommunen bestehen, für die im Landesdienst Tätigen nicht hinnehmbar seien. So betrage der Abstand zu Bund und Kommunen jetzt 1,42 Prozent und ab März 3,85 Prozent.

Dem Beschluss der Bundestarifkommission vorgelagert waren 16 bundesweit durchgeführte Branchentage aus den verschiedenen Berufsgruppen, die unter dem Motto: „Sie und ihre Meinung sind unverzichtbar!“, ihre Erwartungen und inhaltlichen Forderungen zur Sprache brachten: angemessene Bezahlung und Personalausstattung, intensivere Bemühungen zur Nachwuchsgewinnung und -förderung und die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten!

Kernpunkte der Einkommensforderungen

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 5,5 Prozent, mindestens aber um 175 Euro
- Erhöhung der Entgelte für alle Auszubildenden um 100 Euro monatlich
- Laufzeit 12 Monate
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
- Dauerhafte Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich
- Schaffung einer Entgeltordnung für Lehrkräfte

Willi Russ, Zweiter dbb-Vorsitzender und Verhandlungsführer bei den kommenden Tarifverhandlungen, stellte in seiner Bilanz den Erfolg der Branchentage fest: „Unserem Ziel, mehr Diskussion, mehr Mobilisierung und mehr Entschlossenheit bereits im Vorfeld der eigentlichen Verhandlungsrunden zu erreichen, haben uns diese Diskussionsveranstaltungen

ein gutes Stück näher gebracht. Die vorgebrachten Argumente nehmen wir mit an den Verhandlungstisch.“

Wenn Arbeitgebern und Dienstherren nicht endlich klar werde, dass sie in ihr Personal investieren müssten, werde es Deutschland in Zukunft schwer haben, Herausforderungen wie den demografischen Wandel, Zuwanderung und Digitalisierung zu schultern, warnte Russ.

Er stimmte auf eine schwierige Einkommensrunde mit Ländern ein. Im öffentlichen Dienst der Länder steht eine harte Einkommensrunde an. Erste informelle Gespräche mit Ländervertretern ließen auf eine „sehr schwierige Einkommensrunde“ schließen, sagte er auf einer dbb-Jahrestagung in Köln.

Die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für die rund 800.000 Arbeitnehmer der Länder (ohne Hessen, das nicht Mitglied der TdL ist) starten am 16. Februar und gehen am 16. und 17. März in Potsdam in die voraussichtlich entscheidende Runde. Als besondere Problematik der diesjährigen Tarifrunde nannte Russ den Lehrerbereich: Bisher gibt es für die Pädagogen keinen Tarifvertrag, die Länder können bei der Bezahlung jeweils selbst entscheiden. Hier werde bereits seit März verhandelt, erläuterte Russ. Noch im Januar gebe es zwei Runden, „so dass wir davon ausgehen, dass wir mit einem fertigen Paket in die Einkommensrunde hineingehen.“

Der VRB RLP unterstützt die Forderungen von dbb beamtenbund und tarifunion und wird seine Mitglieder für mögliche Aktionen im Umfeld der Tarifverhandlungen zur Teilnahme aufrufen.

„Die Arbeit der Lehrkräfte muss vom Land entsprechend gewürdigt werden. Auch eine angemessene Bezahlung ist Ausdruck der Wertschätzung für die pädagogische Arbeit in den Schulen des Landes,“ fordert der Vorsitzende Bernd Karst.



► **ENTSCHLISSUNG DES HAUPTVORSTANDES DES DBB RHEINLAND-PFALZ VOM 25. NOVEMBER 2014**

Der „5 x 1 %“-Deckel auf Beamtenbesoldung und -versorgung muss **JETZT** weg!

Das von Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) bereits im Frühjahr zugesagte Lüften des seit 2012 wirkenden „5x1 %“-Deckels auf Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten im Landes- sowie Kommunaldienst in Rheinland-Pfalz muss unverzüglich erfolgen.

Die bisherige Hinhaltenpolitik der Landesregierung ist für die Betroffenen unerträglich. Die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger haben die Hängepartie gründlich satt.

Wir wollen nicht darauf warten, ob die nächste Wirtschaftsprognose gut ausfällt.

Wir wollen nicht darauf warten, ob das Verhandlungsergebnis um den Tarifvertrag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Landesdienst (TV-L) im kommenden Frühjahr aus Dienstherrensicht „akzeptabel“ ausfällt. Denn das wird es als Kompromiss zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Für Besoldung und Versorgung in Rheinland-Pfalz muss es jetzt heißen: „Taten statt Worte!“

Die Landesregierung muss ihre nebulöse Zusage vom gelüfteten Besoldungsdeckel mit konkretem Inhalt füllen.

Der Besoldungsgesetzgeber muss in die Startlöcher kommen, um die angekündigte Abkehr von „5x1 %“ greifbar zu machen.

Rheinland-Pfalz läuft sonst Gefahr, auf dem Besoldungs- und Versorgungsgleis die unrühmliche rote Laterne am Ende des Zuges öffentlich-rechtlicher Dienstherren in Deutschland zu bekommen. Die erkennbare demographische Entwicklung verschärft die Situation zusätzlich. Schädliche Folgen für die Qualität öffentlicher Dienstleistungen sind damit programmiert.

Der dbb rheinland-pfalz fordert die Landesregierung auf, gegensteuernd die nebulöse Zusage vom Lüften des „5x1 %“-Besoldungsdeckels umgehend zu konkretisieren.

Der dbb rheinland-pfalz fordert von der Landesregierung, als Sofortmaßnahme jetzt zu versprechen, dass das 2015er TV-L Ergebnis 1:1 deckungsgleich im Volumen und im Zeitpunkt für die Beamtenbesoldung und -versorgung im Landes- und Kommunaldienst übernommen wird.

Die Übertragung muss dann vom Gesetzgeber schnell verabschiedet werden.



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Die Beamten und Versorgungsempfänger brauchen sofort eine sicht- und fühlbare Lockerung der Mini-Anpassungen durch konkrete Zusage der TV-L-Übernahme – nicht erst in einem Jahr.

Über inzwischen schon gerissene Bezahlungslücken zwischen den Beamtenbezügen und vergleichbaren Bezahlungen etwa in der Privatwirtschaft in Rheinland-Pfalz befindet bald das Bundesverfassungsgericht mit Auswirkungen auf dbb Musterverfahren im Land. Dann wird sich zeigen, ob über die TV-L-Übernahme hinaus noch weitere Heilungsmaßnahmen nötig sind.



► DEBATTE AUF TWITTER AUSGELÖST: Kommt Reale Bildung zu kurz?



„Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann ‘ne Gedichtsanalyse schreiben. In 4 Sprachen.“ Das schrieb die Schülerin mit dem Decknamen Naina Anfang Januar auf Twitter. Fast 20.000 Mal wurde ihr Satz retweetet und mit Sternchen versehen. Viele Menschen in Deutschland vermissen offenbar Wirtschafts- und Finanzthemen in der Schule. Die Presse hat die griffige aber auch etwas oberflächliche Feststellung gerne

aufgegriffen und sie zur Kritik an den schulischen Inhalten genutzt.

Erfrischend ist der Leserbrief, den dazu Joel Schertenleib aus Friedelsheim, offenbar Schüler einer Realschule plus, in der RHEINPFALZ vom 24. Januar 2015 geschrieben hat:

„Ich habe Ihren Artikel (...) gelesen und wollte Ihnen mitteilen, dass wir in Rheinland-Pfalz an unseren Realschulen plus Wahlpflichtfächer wie

„Wirtschaft und Verwaltung“, „Hauswirtschaft und Soziales“ und „Technik und Naturwissenschaften“ im Angebot haben. In diesen Fächern lernt man sehr wohl etwas für das echte Leben und wird auf lebenskundliche Sachen wie Steuern, Wohnungssuche usw. vorbereitet. Und ich bin auch sehr froh, dass es diese Fächer gibt.“

Häring

► ICILS-STUDIE: Medienkompetenz gefragt

Erstmals vergleicht eine internationale Untersuchung, die „International Computer and Information Literacy Study“ (ICILS 2013), die Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern im Bereich der Computer- und Informationswissenschaften. „Medienkompetenz ist für Schülerinnen und Schüler heute, als Fachkräfte von morgen, unerlässlich“, betonte Bildungsministerin Vera Reiß anlässlich der Ergebnispräsentation.

Im Ländervergleich könne sich Rheinland-Pfalz dank des 10-Punkte-Programms der Landesregierung „Medienkompetenz macht Schule“ durchaus sehen lassen. Seit 2007 sei im Zuge des Programms nicht nur die informationstechnische Ausstattung der Schulen massiv verbessert worden, auch die Weiterbildung von Schülerinnen, Schülern, Lehrkräften, Eltern und Schulleitungsmitgliedern im Bereich der digitalen Medien gehöre dazu, erklärte Ministerin Reiß.

An der ICILS-Studie nahmen für ganz Deutschland 2.225 Schülerinnen und Schüler, 1.386 Lehrkräfte aus 142 Schulen teil, davon neun aus Rheinland-Pfalz.

Im Doppelhaushalt 2014 und 2015 unterstützt die Landesregierung das Programm „Medienkompetenz macht Schule“ mit insgesamt 2,9 Millionen Euro. Mit dem Geld wurde in über 500 Schulen die Anschaffung von Notebooks und interaktiven Whiteboards finanziert. Seit dem Start des Programms haben sich rund 2.300 Lehrkräfte, Referendarinnen und Referendare für die Aufgabe des Jugendmedienschutzberaters qualifiziert, mehr als 1.600 Schülerinnen und Schüler ließen sich zu Medienscouts ausbilden, die andere Jugendliche im Umgang mit dem Internet beraten.



Foto: www.fotolia.de

Fazit: Konzept RLP klingt gut und ist erfreulich breit angelegt. Nachbarländer gehen neue Wege und setzen zum Überholen an. In der Spur bleiben und weiter Gas geben – RLP!

wü/Quelle: [http://mbwwk.rlp.de/index.php?id=12367&tx_ttnews\[year\]=2014&tx_ttnews\[month\]=11&tx_ttnews\[tt_news\]=57289&chash=9710ba52e31f31103f777775ecc91bf](http://mbwwk.rlp.de/index.php?id=12367&tx_ttnews[year]=2014&tx_ttnews[month]=11&tx_ttnews[tt_news]=57289&chash=9710ba52e31f31103f777775ecc91bf)

Bezirk Koblenz

► BILDUNGSKARRIEREN IN RHEINLAND-PFALZ

Im Gespräch mit Kurt Krautscheid – Teil 1

Kurt Krautscheid ist seit 2008 Aufsichtsratsvorsitzender der Zedach e. G. und seit 2006 Aufsichtsratsvorsitzender der Dachdecker-Einkaufsgenossenschaft. Er begann seine berufliche Laufbahn 1977 mit der Ausbildung zum Dachdecker im familiären Betrieb seines Vaters in Neustadt/Wied. Bereits 1984 legte er seine Meisterprüfung und Prüfung zum Fachleiter für Dach-, Wand- und Abdichtungstechnik ab und übernahm 1985 die Firma Heinrich Krautscheid Bedachungen. Er ist in Vorständen der Kreishandwerkerschaft Neuwied und Rhein-Westerwald und im Vorstand der Handwerkskammer Koblenz über Jahre aktiv. Seit 2014 ist Kurt Krautscheid Präsident der Handwerkskammer Koblenz.

Der ehemalige Schüler der Realschule Neustadt/Wied sprach mit RBiRP über seine eigene Schulzeit, über die Erwartungen der Handwerksbetriebe an Jugendliche und er erklärte, warum ihm die Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen so wichtig ist.

Herr Krautscheid, was fällt Ihnen ein, wenn Sie an ihre Schulzeit zurückdenken?

Kurt Krautscheid: Wenn ich an meine Schulzeit denke, dann fällt mir das sehr familiäre Verhältnis, ein gutes Lehrer-Schüler-Verhältnis und ein starker Klassenverband ein. Wir haben auch heute noch regelmäßig Klassentreffen, wobei wir früher eine zweizügige Schule waren, die sich dann erst zur Dreizügigkeit vergrößerte.

Wurden Sie auf der Realschule auf ihr weiteres Berufsleben vorbereitet?

Kurt Krautscheid: Rückblickend stelle ich fest, dass wir sehr gut vorbereitet waren, insbesondere in den Fächern Englisch, Mathematik, Chemie und Physik. Der Übergang auf die Fachoberschule in Neuwied fiel mir durch die guten Grundlagen an der Realschule recht leicht. Ich hatte eine gute Schulbildung und konnte mit den mir vermittelten Grundlagen sehr gut Anschluss finden.

Wie haben sich Ihrer Auffassung nach die heutigen Auszubildenden verändert?

Kurt Krautscheid: Als jahrelanger Ausbilder von Lehrlingen im eigenen Betrieb kann ich festhalten, dass sich die Spanne von guten und schlechten Schülern vergrößert hat. Die Sozialkompetenz und die Eigenverantwortung haben sich teilweise verändert. Einfache soziale Kompetenzen, wie zum Beispiel das ordentliche Hinterlassen einer Baustelle, können nicht vorausgesetzt werden. Wobei ich glaube, dass hierbei manchmal nur kleinere Anstöße erforderlich sind. Wir benötigen im Handwerk nicht zwangsläufig die besten Noten. Oftmals sind es gerade ehemalige Haupt- und Realschüler, die sich engagiert



Auf dem diesjährigen Neujahrsempfang der HWK Koblenz tauschten sich Handwerkskammer-Präsident Kurt Krautscheid (Bildmitte), Bezirksvorsitzender Timo Lichtenthäler (links) und sein Stellvertreter Heinz-Jörg Dähler (rechts) über Kooperationsmodelle von Handwerk und Schule aus. Foto: VRB

Oftmals etablieren sich gerade ehemalige Haupt- und Realschüler in den Betrieben

in unserem Betrieb etablieren, durch verlässliche und gute Arbeit. Wenn wir Schüler mit 15 oder 16 Jahren bekommen, dann stellen wir den Anspruch, dass sie problemorientiert arbeiten können und eine gewisse Robustheit mitbringen. Der Handwerksberuf hat sich verändert, die Anforderungen sind zum Teil im fachlichen Anspruch sehr gestiegen. So zum

Bitte umblättern

Beispiel im Heizungsbau: Hier gab es einst jedem bekannte Heizungssysteme, heute gibt es Wärmepumpentechniken, regenerative Energien oder im Elektrobereich

Statt Einstellungstests werden wieder vermehrt persönliche Gespräche mit Bewerbern geführt

die Fotovoltaiktechnik. Der fachliche Anspruch hat sich weiterentwickelt und verlangt nach höher qualifiziertem Personal.

Was verstehen Sie unter Berufsreife?

Kurt Krautscheid: Berufsreife ist nach dem Jugendarbeitsgesetz die Voraussetzung,

dass Jugendliche arbeiten dürfen. Wir erwarten eine körperliche Grundfitness und ebenfalls eine ordentliche Grundbildung. Ein Auszubildender muss beispielsweise im Dachdeckerbereich verschiedene geometrische Formen berechnen können, kundenfreundlich und pünktlich sein. Wir erwarten auch ordentliche Deutschkenntnisse. Ein Auszubildender muss in der Lage sein, sich in eine Betriebsstruktur einzuordnen und durch Leistung zu überzeugen. Die meisten Betriebe gehen wieder weg von den Bewerbungsbögen mit Einstellungstests, vielmehr werden persönliche Gespräche geführt. Im Praxistag sehen wir eine gute Möglichkeit, junge Menschen mit den örtlichen Betrieben vertraut zu machen und Chancen zu eröffnen.

Das Gespräch führten für RBiRP Heinz-Jörg-Dähler und Benjamin Bajraktari

Im zweiten Teil des Interviews äußert sich Herr Krautscheid zu seinen Wünschen an die Bildungspolitik und zu der Patenschaft seines Betriebs mit der Realschule plus Neustadt/Wied. Wir veröffentlichen dazu auch Auszüge aus dem Schulpartnerschaftsflyer.



Bezirksversammlung Koblenz

Am 27. November 2014 lud der VRB-Bezirksverband Koblenz zu seiner traditionellen Bezirksversammlung in den Rosenhof nach Koblenz-Waldesch ein. Trotz des sehr kurzen ersten Halbjahres und der damit verbundenen schulischen Terminflut waren viele Mitglieder der Einladung gefolgt. Sehr zur Freude des Vorstandes nahmen auch zahlreiche Pensionäre an der Bezirksversammlung teil.

Der Bezirksvorsitzende Timo Lichtenthäler blickte zu Beginn der Veranstaltung auf das Jahr und die Aktivitäten des Bezirksverbandes zurück. Besonders hob er die gut besuchten Personalräteschulungen und die Aktivitäten im Studienseminar Koblenz hervor. Der Bezirksvorstand legt großen Wert darauf, die Lehramtsanwärter zu unterstützen und ein Forum des kollegialen Austausches zu bieten.

Im Anschluss tauschten sich die Anwesenden über aktuelle schulische und bildungspolitische Themen aus. Hierbei stellte sich heraus, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Bereichen Inklusion und im Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, hier insbesondere mit teilweise traumatisierten Flüchtlingskindern, dringend mehr

Unterstützungsangebote benötigen, als von der Landesregierung derzeit bereitgestellt werden. Dass bei stetig wachsenden Aufgaben seitens der Landesregierung von adäquaten Entlastungen kaum bis gar nicht die Rede ist, stieß bei den Anwesenden auf großes Unverständnis.

Als Gastreferentin konnte der Bezirksverband Diane Röttig von der Unfallkasse Andernach gewinnen. In ihrem interessanten und abwechslungsreichen Vortrag stellte Diane Röttig den Mitgliedern die Konzeption des Projekts „Gesundheitsmanagement macht Schule“ vor und bot für viele andere Themenstellungen die Hilfe und Beratung durch die Unfallkasse an. Die Unfallkasse Andernach ist ein wichtiger Partner für schulische Fort- und Weiterbildung, nicht nur zum Gesund-



Gastreferentin Diane Röttig

heitsschutz. Interessante Angebote lassen sich einfach über den Fortbildungskalender unter www.ukrlp.de/service/spektrum/ abrufen.



Bezirksverband berät Abgänger des Studienseminars Realschule plus Koblenz

Viele frisch examinierte Kolleginnen und Kollegen waren der Einladung des Bezirksverbandes am 16. Dezember 2014 gefolgt und zur Informationsveranstaltung erschienen, die aufgrund von Raumengpässen in und um Koblenz an der Heinrich-Heine-Realschule plus Neuwied stattfand.



Der Bezirksvorsitzende Timo Lichtenthäler, der von seinen Vorstandsmitgliedern Nicole Weiß-Urbach, Benjamin Bajraktari und Eva Wilhelmus begleitet wurde, gratulierte den Anwärtern zum bestandenen Examen und stellte in kurzen Grundzügen die verbandspolitischen Schwerpunktsetzungen des VRB vor.

Dabei hob er vor allem die Initiative „Holt die Lehrer von der Straße!“ hervor. „Es kann nicht angehen, dass das Land junge und motivierte Lehrerinnen und Lehrer ausbildet und dann zum 1. Februar 2015 nur einige wenige Poolplanstellen im Schulsystem vorhält, um die Unterrichtsversorgung an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen zu verbessern. Der VRB setzt sich in diesem Zusammenhang mit Nachdruck dafür ein, dass befristete Vertretungsstellen im Angestelltenverhältnis in Beamtenstellen umgewandelt werden“, so der Bezirksvorsitzende. Im zweiten Teil der Veranstaltung stand die Beratung der Junglehrerinnen und Junglehrer durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden und stellvertretenden BPR-Vorsitzenden Erwin Schneider im Fokus. Er beriet die Kolleginnen und Kollegen in Grundsatzfragen rund um das Thema Bewerbung, Listen- und Auswahlverfahren und Fächerbedarfe in den verschiedenen Regionen der Schulaufsichtsbezirke und ging dabei insbesondere auf die derzeitige Einstellungssituation ein.

Im Anschluss standen alle VRB-Vertreter noch zu individuellen Gesprächen bereit.



Bezirksvorsitzender Timo Lichtenthäler gratulierte zum bestandenen Examen



Stellvertretender Landesvorsitzender Erwin Schneider beriet in Einstellungsfragen



Fotos: VRB

Fortbildung der örtlichen Personalräte in Treis-Karden

Am 19. November 2014 fand in Treis-Karden die von den Bezirken Koblenz und Trier traditionell gemeinsam gestaltete Fortbildung örtlicher Personalräte statt. Den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden von den Referenten des VRB wieder wichtige und wertvolle Tipps und Handreichungen für die tägliche Personalratsarbeit vermittelt.



Fotos: VRB

ÖPR-Aufgaben für das erste Halbjahr vorgestellt

Bengjamin Bajraktari, Mitglied des Bezirkspersonalrats Realschulen plus, eröffnete die Schulung mit dem Jahresplan für die Arbeit des örtlichen Personalrats, wobei er den Fokus auf die erste Hälfte des Schuljahres legte. Er betonte dabei, dass dem ÖPR bei der Unterrichtsverteilung und dem Stundenplan ein besonderes Wächteramt zukommt und im Rahmen des Vierteljahresgesprächs im Herbst die Erörterung des endgültigen Gliederungsplans mit der Schulleitung von enormer Bedeutung ist.

Timo Lichtenthäler, Vorstandsmitglied des HPR RS plus, referierte im Anschluss über die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte bei InES (Interne Evaluation von Schulen). Er legte dabei den Fokus auf die dringend einzuhaltenden Richtlinien des Datenschutzes und klärte die Anwesenden darüber auf, dass der ÖPR bei der Durchführung einer internen Befragung nach den Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes in der Mitbestimmung ist.

Darüber hinaus gab er den Anwesenden in einem weiteren Vortrag wichtige Tipps im Umgang mit Geldern und Kassenführung in Schulen. Neben den Einnahmemöglichkeiten einer Schule und der Ver-

waltung des Geldes sind vor allem bei der Verwendung einige Grundsätze zu beachten. Hinweise gibt das von der ADD veröffentlichte Rundschreiben vom 25. September 2014 „Organisatorische und personalrechtliche Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“.

Von Wolfgang Seebach, ebenfalls Mitglied des BPR RS plus, erhielten die Kolleginnen und Kollegen wichtige Impulse zu den Themengebieten Sprachförderkurse und Unterrichtseinsatz nach erworbener Lehrbefähigung.

Der stellvertretende BPR-Vorsitzende Erwin Schneider schulte die Anwesenden in Bezug auf den TV-L, hier insbesondere auf förderliche Zeiten, einschlägige Berufserfahrung und Restlaufzeiten. Er wies nachdrücklich darauf hin, dass gerade bei Einstellungen von Lehrkräften im Angestelltenverhältnis oder bei PES-Verträgen von Seiten des Personalrats darauf zu achten ist, dass alle besoldungsrelevanten Sachverhalte in den Vertrag aufgenommen werden und die Kolleginnen und Kollegen in die korrekte Entgeltgruppe eingestuft werden. Abschließend gab er zudem noch einen Einblick in das neue Besoldungs- und Versorgungsrecht.

Beispiele aus der Praxis

Abgerundet wurde die Personalratsschulung durch praktische Fallbeispiele zum Schulrecht, die vom stellvertretenden VRB-Landesvorsitzenden Wilfried Rausch erstellt worden waren. Konkret wurden hierbei die Themen Schlüsselverlust, Ausschluss von der Klassenfahrt wegen Alkoholkonsums, amtsangemessene Kleidung und die Verweigerung der Übernah-

me einer Klassenleitung angesprochen und gemeinsam mit den Anwesenden mit den entsprechenden Rechtsgrundlagen erörtert.



Timo Lichtenthäler
timo.lichtenthaeler@
vrb-rlp.de

Bezirk Neustadt

Fortbildung der örtlichen Personalräte in Mutterstadt

Der Einladung nach Mutterstadt waren knapp 60 Mitglieder örtlicher Personalräte aus ca. 28 Schulen des Bezirks gefolgt. Wieder erwartete die Teilnehmer ein abwechslungsreiches Programm, in dem sich Vorträge zu grundlegenden und aktuellen Themen mit Fragerunden abwechselten, in denen direkt auf Fragestellungen der Personalratsarbeit und auf aktuelle Entwicklungen in den Schulen eingegangen wurde.

Personalversammlung

Regina Bollinger widmete sich in ihrem Vortrag der Personalversammlung. Sie informierte über die gesetzlichen Vorgaben durch das LPersVG und gab Hinweise zur Planung und Durchführung einer Personalversammlung. Nur eine gut informierte Personalvertretung kann die Beteiligungsrechte auf Grundlage des LPersVG wahrnehmen.



Auf die Beteiligungsrechte des ÖPR wurde von Martin Radigk hinsichtlich der aktuellen Erfordernisse durch die Einrichtung von Sprachförderkursen, der Einrichtung von ‚InES‘ (Interne Evaluation in Schulen) und der Zulassung zu Fortbildungen hingewiesen.

Inklusion: Elternwahlrecht gestärkt

Michael Eich referierte über die Novellierung des Schulgesetzes, das nun das vorbehaltlose Elternwahlrecht in Bezug auf inklusive Beschulung und die Stärkung der Beteiligungsrechte der Vertretungen der Eltern und Schülerinnen und Schüler beinhaltet.

Gastreferent Rainer Gierlich, ehemaliger Vorsitzender des BPR Gymnasien und ausgewiesener Experte im Bereich Besoldungs- und Versorgungsrecht, ging in seinem ausführlichen Vortrag über vollzogene und geplante Änderungen im Besoldungs- und Versorgungsrecht auf die die Kolleginnen und Kollegen betreffenden Veränderungen ein. Dabei spannte er den



Bitte umblättern



Gastreferent Reiner Gierlich

Bogen vom Beginn der einheitlichen Besoldung der Beamten mit der Besoldungsreform im Jahre 1975 bis zur Reform des finanziellen Dienstrechts 2013 als Folge der Förderalismusreform von 2006 und gab einen Ausblick auf die zu erwartenden Regelungen des derzeit noch im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Gesetzepakets mit seinen Hauptbestandteilen des Landesbeamtenbesoldungs- und -versorgungsgesetzes.

Viele Fragen zum Dienstrecht geklärt

Die zahlreichen Fragen der Teilnehmer zeigten das rege Interesse an Thema und Vortrag, sie waren aber

auch ein Indiz für die bestehende Unsicherheit über die persönlichen Auswirkungen der Neuregelungen hinsichtlich der vollzogenen und noch zu erwartenden Änderungen im allgemeinen und finanziellen Dienstrecht.



Fotos: Wünschel



Die nächste VRB-Personalräteschulung im Bezirk Neustadt:

22. April 2015 Mutterstadt • Palatinum

u. a. mit dem Vortrag eines Gastreferenten zur Unterrichtsversorgung und zu den Gliederungsplänen



Nur eine gut informierte Personalvertretung ...



... kann ihre Beteiligungsrechte wirksam wahrnehmen.

► GROSSES MITGLIEDER-INTERESSE

Manet, Cézanne, Van Gogh – aus aller Welt zu Gast

Der Zuspruch für die Ausstellung im Jugendstiltrakt der Kunsthalle Mannheim war so groß, dass Veranstaltungsreferentin Gudrun Deck für zwei Gruppen Führungen organisierte.



Der Gründungsdirektor der Kunsthalle Mannheim, Fritz Wichert, hat mit dem Erwerb von Exponaten französischer Künstler des 19. Jahrhunderts den Grundstein für die Mannheimer Sammlung der Moderne gelegt. So konnte die Gegenüberstellung der „Mannheimer“ Exponate und entsprechender Werke aus europäischen und amerikanischen Museen durchgehendes Prinzip der Ausstellung werden.

Spektakulär war 1910 der Kauf des Manet-Gemäldes „Die Erschießung von Kaiser Maximilian“. Zum einen übte der Künstler mit dem Gemälde offen Kritik an der Politik Napoleons III., zum anderen war die Malweise neu: flächig nebeneinander gesetzte reine Lokalfarben. Das gegenüberhängende Manet-Gemälde „Der tote Torero“ aus der National Gallery of Art Washington zeigt auch diesen Malstil.

Weitere Aspekte der Moderne erläuterten die Kunstpädagoginnen Dr. Dorothee Höfert () und Marita Vogt u. a. an den Gemälden Gustave Courbets, die sich durch den schonungslosen Blick auf die Wirklichkeit auszeichnen. Claude Monet und Auguste Renoir entdeckten, ebenso wie Van Gogh, die Wirkkraft der reinen Farben.

Ein spektakuläres Finale dieser Ausstellung war die Gegenüberstellung der Gemälde Cézannes: „Raucher mit aufgestütztem Arm“ und „Die Kartenspieler“ mit der gegenstandslosen „Komposition mit Gelb und Blau“ von Mondrian. Während Cézanne mit vielen Flucht- und Blickpunkten die Kompositi-

on in Farbfelder auffächerte, radikalisierte Mondrian dieses Konzept zum reinen Gitterraster aus Vertikalen und Horizontalen, in den Farben Weiß und Schwarz, Gelb und Blau.

In einem nahegelegenen Café klang die Veranstaltung bei munterem Gespräch über die Moderne, aber auch über den Schulalltag aus.



Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de

Fotos: Wünschel/Deck



► MITGLIEDERRUNDGANG IM MANNHEIMER REISS-ENGELHORN-MUSEUM

Von Atlantis bis heute: Mensch – Natur – Katastrophe

Nahezu täglich erreichen uns Bilder und Berichte von Katastrophen aus aller Welt. Erdbeben, Vulkanausbrüche, Tsunamis, Überschwemmungen oder Stürme. Die Ausstellung widmet sich erstmals dem Thema Katastrophe und stellt den menschlichen Umgang damit in den Mittelpunkt.

Der Kurator dieser Ausstellung Dr. Christoph Lind (rechts hinten) zeigte bei unserem Rundgang insbesondere die Auslöser und Folgen der Katastrophen auf sowie die Reaktionen der Menschen auf die Naturgewalten in den unterschiedlichen Jahrhunderten und Kulturen.

Rund 200 außergewöhnliche Exponate waren zu sehen, von historischen Gemälden, römischen Büsten und japanischen Holzschnitten über Alltagsgegenstände, Naturalien und wissenschaftliche Messinstrumente bis hin zu Originalberichten und Fotografien. Mit Panoramen, Filmen, Hörbeispielen und interaktiven Stationen konnten die Besucher die Eindrücke weiter vertiefen.



Die Ausstellung verzichtet auf die Darstellung oft üblicher Sensationslust und macht deutlich, dass Katastrophen auch durch unser Klima-Verhalten mitverursacht werden.



Foto: Deck

Termine

MAI 2015

Tagesfahrt nach Mainz für VRB-Pensionäre im Bezirk Neustadt

Unser Pensionärsbeauftragter Klaus Hirsch plant – auf Einladung des Landtagsabgeordneten Martin Brandl (CDU) – am 7. Mai 2015 eine Fahrt in die Landeshauptstadt Mainz. Wir werden mit dem Abgeordneten ein Gespräch führen, und er wird uns das Landtagsgebäude zeigen. Vorgesehen ist außerdem eine Besichtigung des

Südwestrundfunks (SWR). Ein Bus wird um 7.00 Uhr in der Pfalz starten, die Rückfahrt ist für 16.00 Uhr geplant. Die Pensionäre im Bezirk Neustadt erhalten eine separate Einladung mit weiteren Details, die dann auch auf unserer Homepage (www.vrb-rlp.de) zu finden sein wird.

Foto: www.fotolia.de

Bezirk Trier

Bezirksversammlung in Mertesdorf

Der stellvertretende Vorsitzende Peter Quint hatte zur diesjährigen Bezirksversammlung am 12. November 2014 eingeladen und konnte zahlreiche Mitglieder begrüßen.

Der Vorsitzende Erwin Schneider informierte über die Verbandsarbeit des vergangenen Jahres: Im Vordergrund stand zunächst die Umbenennung des Verbandes von VDR in VRB. Die Anwesenden merkten an, dass die Umbenennung trotz umfangreicher Informationen nicht von allen Mitgliedern registriert wurde, was darauf schließen lässt, dass inhaltliches Arbeiten wichtiger ist.

Des Weiteren berichteten die Vorstandsmitglieder über Besuche im Studienseminar (zu Beginn und Ende des jeweiligen Ausbildungsabschnittes), der Präsenz an der Universität Trier und von Gesprächen mit den Kammern (IHK und HWK). Den Mitgliedern wurde auch ein Ausblick auf den Ingelheimer Kongress am 5. März 2015 zum Thema Erziehungsoffensive gegeben, mit Arbeitskreisen am Vormittag und einem Grundsatzreferat von Dr. Michael Winterhoff am Nachmittag.

Die bisherige Schriftführerin Melanie Immig hat aus persönlichen Gründen

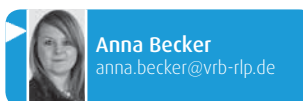


Foto: VRB

ihr Amt zur Verfügung gestellt. Folglich musste satzungsgemäß eine Neuwahl stattfinden. Anna Becker wird nach erfolgter einstimmiger Wahl die Tätigkeit übernehmen.

Abschließend stellte Holger Schwab die neue Homepage des Verbandes vor. Besonders wurde in dem Zusammenhang hervorgehoben, dass die Seite auch mit mobilen Geräten wie Tablets oder Smartphones genutzt werden kann. Weiterhin sind viele nützliche Informationen und deren Verlinkungen gezeigt.

Im Rahmen seiner Tätigkeit im Medienzentrum Wittlich informierte Herr Schwab auch über die vielfältigen Medien und Möglichkeiten der Medienzentren im Bezirk. Dazu gehörten die „Medi-Box“, das MasterTool, GData und weitere nützliche Tools. Alle Informationen und Programme werden den anwesenden Lehrkräften kostenfrei zugesandt.



Anna Becker
anna.becker@vrb-rlp.de



Peter Quint
peter.quint@vrb-rlp.de

Bezirksvorstand im Gespräch mit Peter Epp, Referatsleiter Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen



Der Bezirksvorstand, vertreten durch Peter Quint, Holger Schwab, Anna Becker, Christoph Krier und Marlies Kahn, führte erstmals am 18. November ein Gespräch mit dem Referatsleiter des Referates 37 in der ADD Trier.

Auf die Frage nach der Unterrichtsversorgung an den Integrierten Gesamtschulen im Schulaufsichtsbezirk Trier antwortete Peter Epp, dass es im Allgemeinen eine gute Unterrichtsversorgung an den Integrierten Gesamtschulen gibt. Zum Teil gäbe es sogar leichte Überhänge, die zum Halbjahr korrigiert werden müssten.

Die Besorgnis der Vorstandsmitglieder des Verbandes Reale Bildung, dass zukünftig

an den Integrierten Gesamtschulen vermehrt gymnasiale Lehrkräfte eingestellt werden, konnte der Referatsleiter nicht zerstreuen.

Es wird angestrebt, dass 40 Prozent der Lehrkräfte die Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II besitzen. Eine Versetzung von Haupt- und Realschullehrern an eine IGS im Bezirk Trier sei nahezu aussichtslos. Allerdings werden *Bitte umblättern*

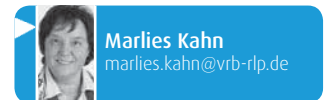
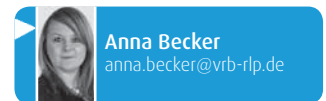


Fotos: ???

weiterhin Vertretungsverträge mit jungen Kolleginnen und Kollegen mit Lehramt Realschule plus geschlossen.

Ein weiterer Gesprächspunkt waren die Sorgen und Nöte der Kolleginnen und Kollegen an Schwerpunktschulen. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass die Versorgung mit entsprechenden Förderlehrkräften absolut unzureichend ist. Peter Epp hat ein offenes Ohr für die Thematik. Allerdings ist es für die Schulaufsicht im Moment sehr schwierig, ausreichend qualifiziertes Personal im Förderbereich zu bekommen. Der Markt an Förderschulkräften im Bezirk Trier sei leer, sodass bei Ausfällen kein Ersatz geschickt werden kann. Die Zuweisung an Förderkräften erfolgt nach einem festgelegten Schlüssel, an den sich die ADD halten muss.

Und zum Schluss zwei Anmerkungen aus dem Schulalltag: Hinsichtlich der stetig wachsenden Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen diskutierte man Möglichkeiten, wie z. B. bei Eltern-Lehrer-Schüler-Gesprächen die Klassenleitungen entlastet werden könnten. Peter Epp sieht bei gestückelten Elternzeiten kaum eine Möglichkeit, die Lehrkräfte zu ersetzen, auch wenn hinreichend Vertretungsmittel zur Verfügung stehen.



Bezirksvorstand im Gespräch mit Referatsleiter Sigurd Hein

Traditionell vor der Einstellungsrunde zum zweiten Schulhalbjahr führte der Bezirksvorstand Trier, vertreten durch Peter Quint, Holger Schwab, Anna Becker, Christoph Krier und Marlies Kahn, am 18. November ein Gespräch mit dem Referatsleiter des Referates 35 (Realschulen plus), Sigurd Hein.

Zu Beginn des Gespräches wurde über die aktuelle Unterrichtsversorgung gesprochen. Diese ist laut Aussage des Referenten sehr unterschiedlich an den Schulen, aber immer noch akzeptabel. Bei notwendigen Versetzungen oder Abordnungen soll der zuständige Referent immer das Gespräch mit dem betreffenden Kollegen suchen. Auch zum Schulhalbjahr werden offene Stellen mit Planstellen besetzt. Die bisherigen Vertretungsverträge würden in der Regel verlängert. Die jungen Kolleginnen und Kollegen müssen sich in Geduld üben; denn schnell auf eine Planstelle zu kommen, ist im Moment nur in Bedarfsfächern möglich. Der Referatsleiter betonte, dass die Schulleiter viel stärker und früher Verantwortung bei der Personalplanung übernehmen sollen und dies dann auch mit den Vertretungslehrern kommunizieren.

Schwierigkeiten sieht der Bezirksvorstand bei der Besetzung in manchen Fächern für die Fachoberschule. Dies konnte Sigurd Hein bestätigen. Obwohl zwar alle Schulen passabel versorgt seien, gibt es Probleme in den Bereichen Mathematik und Biologie mit dem Schwerpunkt Gesundheit.

Auswirkungen der demographischen Entwicklung

Die demographische Entwicklung wirkt sich immer stärker auf die Schulen aus. Vor dem Hintergrund zurückgehender Schülerzahlen sind auch Schulen im Bezirk Trier in ihrer Existenz bedroht. Sigurd Hein betonte ausdrücklich, dass kleine Schulen nicht schlechter versorgt werden als größere Systeme. Schließungen oder Zusammenlegungen kann aber auch er nicht aus-

schließen. Allerdings haben bereits einige Schulen im Bezirk eine Ausnahmegenehmigung erhalten.

Als ein äußerst positives Signal bewertet der Bezirksvorstand die Einrichtung von neun „Sprachförderzentren“ an Schulen. Hier sollen Schüler mit Migrationshintergrund sprachlich besser gefördert werden. Die Schulen sollen mit den umliegenden Schulen zusammenarbeiten. Es werden von der ADD zusätzliche Stunden zur Sprachförderung bereitgestellt. Allerdings wird die Besetzung mit geeignetem Personal eine Herausforderung darstellen.



Foto: VRB



Karl Denkel zum 100. Geburtstag

In der Rubrik „Persönliches“ schrieb Wolfgang Fink unter der Überschrift „Karl Denkel 90 Jahre alt und seit 50 Jahren VRB-Mitglied“ in der „Realschule des Landes Rheinland-Pfalz 1/2005“: „... ihm ist das Glück beschert, in bester körperlicher und geistiger Verfassung ... (seinen 90. Geburtstag) zu erleben“.

Nun sind wir 10 Jahre weiter und was damals galt, trifft heute immer noch zu. Karl Denkel wurde 100 Jahre alt und alle, wirklich alle kamen.

Das Pensum, das er an seiner Feier in Morbach absolviert hatte, lässt Rückschlüsse auf frühere Aktivitäten zu. Sowohl in seiner Schule als auch in der Ortsgemeinde hat er Spuren hinterlassen, die heute noch der Würdigung verdienen.

Zu seiner Lehrer-Biographie: Karl Denkel kam 1952 an die damalige „Private Höhere Schule Morbach“, die 1953 in eine Realschule umgewandelt wurde – die zweite im Bezirk Trier. 1966 erfolgte die Ernennung zum Realschuloberlehrer. Von 1971 bis zu seiner Pensionierung 1979 war Herr Denkel Direktorstellvertreter.

Unseren Besuch 2005 hatte Herr Denkel noch in guter Erinnerung. Wir bedanken uns für 60 Jahre Treue zu unserem Verband und wünschen ihm weiterhin Gesundheit und eine erfüllte Zeit.



Erwin Schneider und Hanns Peters gratulieren Karl Denkel zu seinem 100. Geburtstag und bedanken sich für 60 Jahre Verbandszugehörigkeit Foto: VRB



Vorstandsmitglieder und Pensionäre treffen sich

Traditionsgemäß lud der Bezirksvorstand erneut interessierte Pensionäre des Verbandes zu einer Kaffeestunde in der Vorweihnachtszeit im Hotel Weis in Mertesdorf ein.

Neben dem gemütlichen Miteinander und dem Austausch mehr privater Themen wurden aber auch aktuelle verbands- und bildungspolitische Themen besprochen. Deutlich wurde hierbei, dass selbst im Ruhestand bei Vielen das Interesse an der schulischen Entwicklung im Bezirk wie auch im Land noch sehr groß ist. Und so verging der Nachmittag bei Kaffee und Kuchen wie im Flug.

Nachdem der Bezirksvorstand erneut „grünes Licht“ gegeben hatte für eine weitere Tagesfahrt im Frühsommer 2015 musste das Ziel noch festgelegt werden. Wie immer hatte Paul Schwab mehrere Vorschläge in petto. Die Anwesenden sprachen sich – nach der guten Erfahrung mit Maastricht im vergangenen Jahr – wieder für eine grenzüberschreitende Fahrt in eine Stadt aus: Metz.

Für den Fall, dass der Kreis der Mitfahrenden nicht so groß wie bisher sein würde, wird Paul Schwab auch eine interessante Alternative für eine kleinere Lösung finden. Die Fahrt soll am 27. Juli 2015 stattfinden.



Foto: VRB





Foto: www.fotolia.de

Bezirk Trier

82. Geburtstag

Josef Hilgers 19. März

77. Geburtstag

Horst F. Catrein 10. März

76. Geburtstag

Walter Philippi 13. Januar

Friedrich Tesch 3. März

75. Geburtstag

Ingrid Praus 17. Januar

74. Geburtstag

Klaus Nober 12. Januar

Herbert Pies 1. März

73. Geburtstag

Ruprecht Matuschek 24. Februar

72. Geburtstag

Jürgen Mayer 20. Januar

70. Geburtstag

Christiane Werner 6. Februar

Mechthild Büttner 10. Februar

M. Susanne Roll 1. März

Bezirk Neustadt

92. Geburtstag

Dr. Hermann Bierbaum 7. März

82. Geburtstag

Berthold Hauck 23. Januar

Norbert Freiermuth 25. Januar

80. Geburtstag

Rainer Jung 17. Februar

79. Geburtstag

Roland Speitel 14. Januar

Gerhard Sattel 15. Februar

Kunibert Stanko 26. März

78. Geburtstag

Rudolf Klöckner 8. Januar

Arno Wolff 13. März

77. Geburtstag

Bernd Werdich 26. Januar

Frank Peter Mutzbauer 27. Januar

Nordfrid Schiller 12. Februar

Werner Lugenbühl 21. Februar

76. Geburtstag

Georg Stenner 18. Januar

75. Geburtstag

Reinhard Kernann 22. Februar

74. Geburtstag

Klaus-Jürgen Pohlitz 3. Februar

Axel Hübler 16. Februar

Edeltraut Bäuerlein 21. März

73. Geburtstag

Heidemarie Stappert 8. Februar

72. Geburtstag

Gudrun Lorenz 20. Januar

Karl-Heinz Heblich 2. Februar

Bernd Holler 16. Februar

Ursula Fischer 17. März

71. Geburtstag

Hartmut Petrus 21. Januar

Brigitte Herbert 22. Januar

Heinz Mahlerwein 5. Februar

Dietmar Gottlieb 13. März

70. Geburtstag

Dr. Peter Willenbacher 7. Februar

Bezirk Koblenz

89. Geburtstag

Maria Krupp 7. März

85. Geburtstag

Gabriele Rodenstock 19. März

83. Geburtstag

Charlotte

Hüsch-Ripplinger 2. März

82. Geburtstag

Karl-Heinz Scholl 10. März

77. Geburtstag

Dieter Seidenberg 12. Januar

Wilfried Kälicke 14. März

76. Geburtstag

Ernst Pobloth 31. März

75. Geburtstag

Ludwig Chmela 3. März

Hans Bergmann 18. März

Helmut Kollig 28. März

74. Geburtstag

Evelyn Czybulka 10. März

71. Geburtstag

Gerwig Adam 13. Februar

Ursula Giesen 24. Februar

Dieter Zorbach 28. Februar

Klaus Ginter 26. März

70. Geburtstag

Traute Backes 27. Januar

Detlef Heep 5. Februar

Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.


 KlarText!

Sparsmaßnahmen in Rheinland-Pfalz: Es brodelt gewaltig an unseren Schulen – zurecht!

Wenn man aus den benachbarten Bundesländern nach Rheinland-Pfalz fährt, so wird man durch ein Straßenschild mit dem Bilduntertitel „Rheinland-Pfalz: Wir machen’s einfach!“ begrüßt.

Dass die rot-grüne Landesregierung dies scheinbar allzu oft wörtlich zu nehmen scheint, zeigen u. a. die fatalen Fehlentwicklungen in der Beamtenversorgung und in der neuerlich verkündeten Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Hier manifestieren sich zwei eklatante politische Sparsmaßnahmen, die auch auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer ausgetragen werden.

Seit Langem kritisieren wir gemeinsam mit unserem Dachverband dbb rheinland-pfalz, dass die 5x1%-Besoldungsdeckelung nicht nur verfassungswidrig zu sein scheint, sondern auch eine reale Besoldungskürzung darstellt, weil die Beamten im rheinland-pfälzischen Schuldienst von den real steigenden Einkommen abgekoppelt und von dem geltenden Alimentationsprinzip ausgeschlossen werden.

Die Kolleginnen und Kollegen an unseren Schulen zeigen tagtäglich ein hohes Engagement zum Wohl einer realen Bildung unserer Kinder und Jugendlichen. Gleichzeitig werden sie mit immer mehr Herausforderungen konfrontiert, die sie meist ohne spürbare Entlastung umsetzen bzw. bewältigen müssen. Die Wertschätzung dieser Arbeit kann nicht nur mit schönen Worten und Versprechungen erfolgen. Ministerpräsidentin Malu Dreyer kündigte auf dem letzten dbb-Gewerkschaftstag im Mai 2014 an, dass der 5x1%-Deckel bei gleichbleibend günstiger wirtschaftlicher Lage im Frühjahr dieses Jahres gelüftet werden wird. Die Voraussetzungen sind erfüllt. Die Landesregierung muss jetzt endlich liefern! Das 2015er TV-L Ergebnis muss 1:1 deckungsgleich im Volumen und im Zeitpunkt für die Beamtenbesoldung und -versorgung übernommen werden.

Sollte Rheinland-Pfalz weiter an seinem Spardiktat am sichtbar falschen Ende festhalten, so könnte dies fatale Folgen für den Lehrernachwuchs, insbesondere für die sogenannten Mangelfächer, nach sich ziehen. Zurecht fragen sich Abiturienten, welchen Anreiz ein Studium für ein Lehramt für sie überhaupt noch bietet.

Mit erheblichem finanziellen Aufwand will die Landesregierung mit Hilfe der AQS die Qualität an unseren Schulen sichern. Aber auch hier gilt, Qualität lässt sich nicht nur über externe Evaluation und von den Schulen geforderten und entwickelten Qualitätsprogrammen sicherstellen. Qualitätssicherung erreicht man vor allem durch Investitionen in den Lehrernachwuchs.

Nach dem Vorbereitungsdienst sind, nicht zuletzt auch durch die immer noch viel zu geringe Anzahl an Beamtenplanstellen, die Zukunftsperspektiven bei vielen Absolventen nicht sonderlich rosig und von einer unzureichenden Planungssicherheit geprägt. Der Blick über die Landesgrenze lohnt sich: Benachbarte Bundesländer werben teilweise sehr intensiv und buhlen erfolgreich um die Dienste der gut ausgebildeten Lehrkräfte. Dies führt nach Auffassung unseres Verbandes zu einem nicht zu unterschätzenden Qualitätsverlust an rheinland-pfälzischen Schulen.

KlarText: Wer gute Bildung an unseren Schulen erzielen will, mit der sich dann auch vordere Plätze in politisch wichtigen Studien erreichen lassen, der muss Lehrerinnen und Lehrer gerecht alimentieren und jungen Lehrkräften eine Zukunftsperspektive bieten. Denn auf uns Lehrer kommt es an!


 Timo Lichtenhauer

Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Schatzmeister Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12/9 65 73 31
E-Mail: schatzmeister@vrb-rlp.de

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße		PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.
Dienstbezeichnung	Schule	Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meiner Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert werden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
(sofern bekannt) IBAN	BIC	
Ort	Datum	Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttolohn festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		15,50
A 15		14,50
A 14		13,-
A 13		12,-
A 12	oder darunter	11,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	9,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	8,-
TV-L	Vollbeschäftigung	10,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	8,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	7,-
Pensionäre		6,-
Lehramtsanwärter		3,-



Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



Solidarität leben – Mitglieder werben!



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



Werben Sie für den VRB
... und der dbb belohnt
Sie mit einem Wertscheck
und verlost am Ende der
Aktion unter allen Wer-
bern zusätzlich einen
attraktiven Sonderpreis.

(Aktionsschluss: 29. Februar 2016)

dbb
Werbe-
aktion
2015

Infos:

www.dbb.de/mitgliederwerbung
Telefon: 030.4081-40
Fax: 030.4081-5599
E-Mail: werbeaktion@dbb.de



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
10117 Berlin

Gute Gründe für eine
Mitgliedschaft im
VRB finden Sie hier:



www.vrb-rlp.de



„like us“ auf [facebook.com: VRB RLP](https://www.facebook.com/VRB_RLP)